

**UIBER DEN
HEIMFAL DES
HEIRATSGUTES
BEI TRENNUNG
DER EHE...**

Joseph-Alexander Freiherr
von Helfert



79. Cc. 99.

MENTEM ALIT ET EXCOLIT



K.K. HOFBIBLIOTHEK
ÖSTERR. NATIONALBIBLIOTHEK

79.Cc.99

Nach den Grundsätzen des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches.



Josef Alexander Helfert,
sämtlicher Rechte und des Richteramtes Candidaten, Conceptspracticanten
bei der k. k. böhmischen Kammerprocuratur.

1944

Druck und Papier von Gottlieb Haase Söhne.

1842.

1871

107 m i 9 2

836

estugatoris

139

ad res pummaris

.66 D nre phug

Verf. des Verzeichnisses der in der k. k. Hofbibliothek zu Wien befindlichen Handschriften



Verf. des Verzeichnisses der in der k. k. Hofbibliothek zu Wien befindlichen Handschriften

Verf. des Verzeichnisses der in der k. k. Hofbibliothek zu Wien befindlichen Handschriften



1871

Verf. des Verzeichnisses der in der k. k. Hofbibliothek zu Wien befindlichen Handschriften

1871

Inaugural-Dissertation

Behufs der Erlangung

der

juridisch-politischen Doctorwürde

an der

k. k. Carl-Ferdinand's Hochschule

zu Prag.

THE

LIBRARY OF THE

UNIVERSITY OF

CHICAGO

Seinem Vater

Josef Helfert

J. U. D., ö. o. Professor der Rechte an der k. k. Karl-Ferdinand's
Hochschule, f. e. Consistorialrath und Examinator der Candidaten für
Curatpfründen in der Prager Erzdiöcese,

und

den M a n e n

seiner verklärten Mutter

Anna Maria Helfert,
geborenen Schreiner,

weihet

die Erstlinge seiner wissenschaftlichen Selbst-Thätigkeit

in

kindlicher Ergebenheit

der dankbare Sohn.

In den schönen Zeiten des jugendlichen Hellas und des männlichen Rom *) war es schöne Sitte, daß, was an ersten Früchten das Feld hervorbrachte, das Haus beute, der menschliche Fleiß zu Tage förderte, mit ergebenem Gemüthe niedergelegt wurde zu Füßen derer, dargebracht wurde zum Opfer denen, welchen die gläubige Frömmigkeit für die Segen verheißende Gabe sich dankschuldig fühlte **).

*) Herder sagt: »Vier Epochen hat die Culturgeschichte der Menschheit: das Knabenalter im Morgenlande, das Jünglingsalter unter den Griechen, das männliche unter den Römern und das Greisenalter in meinem Jahrhundert.« — Kan man den letzten Vergleichspunkt auch als so treffend bezeichnen, wie die drei ersten?

**) So brachte man die Erstlinge der Feld-Erzeugnisse den Hausgöttern dar; — so sprechen beim Thukydides die Plataier in der Rede an die Peloponneser nach der Übergabe ihrer Stadt: »Seht hin auf die Gräber eurer Väter, die von den Persern erschlagen und bei uns begraben wurden, und die wir jährlich durch Schmutz und jede gesetzliche Feierlichkeit ehren; wir bringen ihnen die Erstlinge von Allem

Leben wir nun gleich in christlichen Jahrhunderten, in welchen Trauerlieder an die Götter Griechenland's als heidnisch und kezerisch verdammt werden: warum sollte es verwehrt sein, das Menschlich-Edle nachzuahmen, welches uns jene in so reichlichem Maasse darbieten?

»Da die Götter menschlicher noch waren,
Waren Menschen göttlicher.«

Oder sind alle Tugenden der Heiden nichts als glänzende Laster, wie jener gläubigstrenge Christ sagte? —

Und diese Erstlinge meines Fleißes und meiner Mühe, . . . wem anders könnte ich sie zur Weihe bringen, als Euch meinen verehrten, geliebten Eltern! Euch,

was die Erde gibt, als Freunde von Freundlichen, als Bundesbrüder unserer ehemaligen Kriegsgefährten« — s. Seume's Uebersetzung von diesem Abschnitte des Thukydides (sämtl. B. Leipz. 1839. 3. Bd. S. 239 — 240). —

von denen ich Alles herleite, auf welche ich Alles zurückführe, was ich habe, bin und werde?

Dir vorerst, theuerster Vater, Lehrer und Führer! . . . der Du, wachsamem Auge, mit weisem Sin und fester Hand mich auf der ersten Strecke meiner Lebensreise geleitet, den schwanken Schritt vor gefährlichen Irwegen bewahret, den unsicheren Blick auf das Eine Ziel des Guten, Wahren, Rechten gelenket, und welcher Du auch auf der Fortsetzung derselben mir Deinen wohlmeinenden Rath nicht verweigern wirst, wenn ich in keiner Lage ihn kindlich einzuholen versäumen werde!

Und ewig geliebte Mutter Dir! . . . welche Du, den zarten Sin des Schickslichen wachend, das warme Gefühl für das Schöne belebend, den regen Ehrgeiz nach dem Hohen spornend, von den ersten Buchstaben, welche

Du spielend dem frageflugen Kinde beigebracht, jeden der Fortschritte des Knaben und Jünglings mit sorgsamem Blicken bereitetest, mit ermunternden verfolgest, mit sieghaften belohnetest, und welcher doch ein unerbitliches Schicksal es nicht vergönte, Deine grossen und vielen Bemühungen in einem kleinen und geringen Maasse gekrönt zu sehen und den Dank mit schwachen Worten abgestattet aufzunehmen, welchen Dir der erkenntliche Sohn unendlich schuldig ist!

Geist der Unvergesslichen! . . . in welchen fernen Räumen, auf welchem lichten Sterne Du weilen magst, blicke herab auf den Tropfen am Eimer, auf das kleine Sandkorn im unermesslichen Weltmeere, auf den Schauplatz der Erde, auf welchem auch Du

»freudvol und leidvol«

ein kurzes Dasein verbrachtest, blife herab auf Deinen Sohn, welcher den dankenden Blik nach Oben richtet, wo der Mensch Alles sucht, was er hier unten nicht mehr findet, blife herab auf denjenigen, welchen Du wenige Tage vor Deinem Hinüberwallen an Dein Krankenbet, das bald Dein Sterbebet werden sollte, riefest, ihm Deine mütterliche Vorliebe für ihn an's Herz legtest und sagtest: »Vergiß das nie!« . . . Nein! er vergiß das nie!

Uiber den

Heimfal des Heiratsgutes

bei

Trennung der Ehe

durch den Tod.



Nach den Grundsätzen des allgemeinen bürgerlichen
Gesetzbuches.

Samle im kleinsten Punkte die höchste Kraft.

I.

I.

Die Trennung der Ehe durch den Tod läßt möglicherweise eine dreifach verschiedene Gestaltung zu: entweder der Man stirbt vor dem Weibe, oder das Weib stirbt vor dem Manne, oder beide Gatten sterben zugleich — welches letzte Kraft der gesetzlichen Vermuthung des §. 25. a. b. G. B. auch dann angenommen wird, wenn es im Zweifel wäre, welcher von beiden Theilen vorerst, welcher später mit Tode abgegangen sei —; und daher wird sich auch der Heimfall des Heirathsgutes bei solcher Trennung möglicherweise auf dreifach verschiedene Art gestalten.

Wenn nun das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch in seinem 1229sten §. bestimmt:

Nach dem Gesetze fällt das Heirathsgut nach dem Tode des Mannes seiner Ehegattin, und wenn sie vor ihm stirbt, ihren Erben heim —
so ist diese Bestimmung

A. für den Fall, als die Frau ihren Man überlebt, keinem Zweifel unterworfen: das Heirathsgut fällt ihr und zwar unmittelbar nach dem Tode des Mannes heim, und muß ihr von dessen Erben so bald als möglich herausgegeben werden.

B. Stirbt die Gattin zugleich mit ihrem Manne, so kan, trotz dem dieser Fall in den Worten der gesetzlichen Bestimmung nicht berührt ist, die Entscheidung füglich keinem An-

stande unterliegen: die Frage, wann der Heimfal Stat finde, ist in dem ersten Theile der Gesetzesstelle beantwortet: »nach dem Tode des Mannes,« und daß dieser Tod hier mit dem der Ehegattin zusammenfällt, hat nur auf die Frage, wem das Heiratsgut, da die Ehegattin nicht mehr vorhanden ist, zukomme, einen Einfluss, und diese findet in dem zweiten Theile ihre Beantwortung: »ihren Erben« ¹⁾.

C. Was aber den dritten Fal betrifft, da die Ehegattin vor dem Manne stirbt, so ist zwar

- a) die Frage: wem dann das Heiratsgut heimfalle? — ausdrücklich und ohne Anstand entschieden: den Erben der verstorbenen Gattin;
- b) dagegen läßt die weitere: wann solcher Heimfal an die Erben Stat finde? . . . zwei Möglichkeiten der Entscheidung zu:
 - a) das Heiratsgut fällt den Erben gleich nach dem Tode der Frau zu;
 - ß) der Heimfal tritt erst nach dem Ableben auch des Mannes ein; ²⁾

¹⁾ Es kan doch vernünftigerweise nicht in Zweifel gezogen werden, ob, weil das Gesetz ausdrücklich nur spreche: »wenn sie vor ihm stirbt, ihren Erben«, diese Bestimmung auch zu beziehen sei auf den Fal, wenn sie zugleich mit ihm Todes abgeht. Denn die Veranlassung, warum der Heimfal an die Erben der Ehegattin Plaz greift, ist keine andere als der Umstand, daß sie selbst nicht mehr vorhanden ist, und der rechtliche Grund kein anderer als der, daß die Erben in ihre Rechte eintreten, daher ihnen nicht sowohl ein neues Recht ertheilt wird, als sie vielmehr nur das Recht der verstorbenen Gattin fortsetzen, . . . welche Veranlassung und welcher Grund einerseits in dem nicht entschiedenen Falle dieselben sind, wie in dem ausdrücklich bestimmten, während sie andererseits diese rechtliche Entscheidung so einleuchtend und unausweichlich herbeiführen, daß man auch, wenn das Gesetz gar nichts ausgedrückt hätte, dieselbe weder anders als so fällen, noch über solche Fällung im mindesten im Bedenken sein könnte.

²⁾ Diese beiden Möglichkeiten sind gemeint, wenn in der Folge von der ersten und zweiten Entscheidung, Ansicht, Meinung die Rede kömmt.

und die Abfassung der gesetzlichen Bestimmung ist hinsichtlich dessen keineswegs von der Art, daß sie es auf den ersten Blick außer Zweifel ließe, für welche dieser zweien man sich zu erklären hat.

Dem ersten, dem, man könnte sagen, ursprünglichen und unmittelbaren Erläuterer des Gesetzbuches, dessen Abfasser er war, Zeiller'm fällt das Zweifelhafte der Stelle noch nicht auf und er nimt sie so unbefangen, als sie das Gesetz gibt. Doch scheint er, nach seinen Reden zu schließen, der zweiten Ansicht zu sein. Denn in 1) seiner Erläuterung des §. heißt es: »Da dem Ehemanne das Eigenthum oder doch die Fruchtnießung und Verwaltung des Heiratsgutes zum häuslichen Aufwande überlassen wird, so darf er — in der Regel — so lange er lebt, von Niemandem in diesen seinen Rechten gekränkt werden. Allein nach dem Tode des Mannes . . . treten wichtige Rechte der Ehegattin, oder der Besteller des Heiratsgutes ein.« Und in 2), wo er auf die in der gesetzlichen Bestimmung enthaltene Unterscheidung zu sprechen kömmt, fährt er fort: »In der Regel fällt nämlich nach dem Ableben des Mannes das Heiratsgut auf die überlebende Gattin, oder, wenn sie früher verstorben ist, auf ihre — gesetzlichen oder testamentarischen — Erben«³⁾.

Dagegen spricht der nächstfolgende Bearbeiter eines »Handbuches des österreichischen Privatrechts«⁴⁾, Scheidlein, ungeachtet er in der Vorrede zu demselben »gerne« gesteht, »den von Zeiller'schen Commentar häufig benützt und an vielen Stellen ausgezogen zu haben,« dennoch mit klaren Worten die gegenbeilige Entscheidung aus: »Im ersten Falle« — der in unserer Stelle enthaltenen Unterscheidung — »sind die Erben des Mannes der überlebenden Ehegattin, im zweiten ist der überlebende Man den Erben der verstorbenen Ehegattin das Heiratsgut zu erfolgen verbunden«⁵⁾; und bewegegründet dieselbe in seinen Mittheilungen⁶⁾ mit dem, daß »das Heiratsgut zur Erleichterung des mit« der ehelichen Gesellschaft »verbundenen Aufwandes bestellt worden ist,« welcher »Zweck,« nach dem Tode des einen oder des andern Gatten . . . auf-

³⁾ Commentar über das allg. bürgerl. Gesetzbuch u. s. w. Wien und Triest (Geistinger) 1811 — 1813. 3. Band. 2. Abth. S. 600.

⁴⁾ Wien und Triest (Geistinger). 1814 — 1815.

⁵⁾ a. a. O. 2. Th. S. 576.

⁶⁾ — aus dem Gebiete der bürgerlichen und der mit derselben verwandten politischen Gesetzgebung des österr. Kaiserstaates. Wien (Nödle) 1820 — 1822. 3. Hft. 1. Abth. S. 61.

höre,« daher »keine Ursache vorhanden sei, aus welcher nach dem Tode der Gattin der Man, und nach dem Tode des Mannes dessen Erben das Heiratsgut zu behalten berechtiget sein sollen.«

Es folgt in der Reihe der Erläuterer des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches Rippel 7). Dieser hebt zuerst das Zweifelhafte der Gesetzesstelle ausdrücklich hervor: »Die Textirung des §. läßt es etwas zweifelhaft, ob im Falle, wenn die Ehegattin vor ihrem Manne stirbt, das Heiratsgut sogleich nach ihrem Tode, oder erst nach Absterben des Mannes ihren Erben heimfalle« — und erklärt sich gleichfalls, wie Scheidlein, für die erste Meinung, sich für dieselbe auf folgende Gründe fussend:

1. mit Zurückweisung der Zeiller'schen — oben gegebenen — Erläuterung der Gesetzesstelle, auf das »stirbt« derselben; denn »eben deswegen, weil der §. sich nicht des Ausdruckes »wenn die Ehegattin vor ihrem Manne gestorben ist,« sondern »stirbt,« bedient, muß gefolgert werden, daß in diesem Falle das Heiratsgut nicht erst nach dem Tode des Mannes, sondern gleich nach dem Tode der Gattin ihren Erben zufalle;«
2. auf den Zweck des Heiratsgutes, der deutlich »erkhellet . . aus dem §. 332 des 3. Theiles des westgalizischen Gesetzbuches, welcher die nämliche Bestimmung enthält, jedoch mit dem Motive des Gesetzgebers beginnt, und also lautet: »Weil das Heiratsgut dem Manne zur Bestreitung der Ehestandslasten ausgesetzt worden ist; so gilt die rechtliche Vermuthung, daß solches nach dem Tode des Mannes seiner Ehegattin, und wenn sie vor ihm stirbt, ihren Erben heimfalle.«⁸⁾ —

Letztlich Winiwarter spricht sich, ungeachtet Rippel den Zweifel ausdrücklich hervorgehoben, ohne Berücksichtigung desselben, ganz unbedingt aus: »Wird die Ehe durch den Tod getrennt,« so »muß das Heiratsgut von dem Manne oder dessen Erben« der Ehegattin »selbst, wenn sie der überlebende Theil ist, oder ihren Erben, wenn sie vor dem Manne starb, zurückgegeben werden«⁹⁾.

⁷⁾ Erläuterung des a. b. G. B. u. f. w. mit besonderer Berücksichtigung des practischen Bedürfnisses. Grätz (Damian und Sorge) 1830. — 1838.

⁸⁾ a. a. O. 7. Bd. 2. Abth. S. 580 — 581.

⁹⁾ Das öster. bürgerl. Recht, systematisch dargestellt und erläutert. Wien (Wdöle und Braumüller) 1831 — 1838. 4. Bd. S. 422 — 423.

2.

Wenn man sich zuvörderst, um für die erste Ansicht einen Anhaltspunkt zu gewinnen, auf die gegenwärtige Zeit berufen wolte, in welcher die zweifelhafte Bestimmung des Gesetzes abgefaßt ist:

Nach dem Gesetze fällt das Heirathsgut . . . wenn sie vor ihm stirbt, ihren Erben heim —,

um daraus zu folgern, daß es den Erben sogleich bei dem Tode der Ehegattin ausgefolgt werden müsse: so wäre solche Berufung, falls man spitzfindig sein wolte, mit dem gänzlich zurückzuweisen, daß in dieser Absicht die gegenwärtige Zeit auf keine Weise einen Sin haben könne. Denn der Heimfall könnte ja jedenfalls erst mit dem Augenblicke eintreten, nachdem die Gattin gestorben ist, weil sie, so lange sie nicht gestorben ist, noch lebt und folglich die eheliche Gesellschaft von beiden Seiten aufrecht besteht: das Sterben selbst aber bildet wohl das Zu-Ende-Gehen ihres Lebens, ist aber noch keineswegs das Zu-Ende-Gegangen sein desselben.

Allein abgesehen von aller Spitzfindigkeit, muß zwar zugegeben werden, daß, wenn die vergangene Zeit ausdrücklich gebraucht wäre — »wenn sie vor ihm« gestorben ist —, alle Gründe aus der sprachlichen Abfassung der gesetzlichen Bestimmung unverkenbar der zweiten Entscheidung das Wort sprächen, ohne jedoch im Gegentheile behaupten zu können, daß, weil solches nicht Stat finde, dieselbe geradezu ausgeschlossen sei.

Denn das Gewicht, welches auf die Anwendung der gegenwärtigen Zeit gelegt werden wil, verliert seine entscheidende Kraft alsobald, als man sich erinnert, daß es ja auch ein praesens historicum gebe, welches, wie es durch den Wohlklang der Rede erfordert sein kann, nichts desto weniger die Bedeutung des Vergangenseins der Handlung vor Augen hält; . . . und wer den Satz in Berücksichtigung dieser Bedeutung überlegt, wird sich nicht verhehlen können, daß die Anwendung des praesentis historici hier eben so sehr in den Sin passe, als jene des praesentis simplicis.

3.

Läßt sich aber auf solche Art aus diesem Umstande für den Punkt unseres Zweifels nichts Entscheidendes folgern, so darf nicht einmal die zweifelhafte gesetzliche Anordnung abgesondert in Betrachtung kommen, weil sie im Zusammenhange der Rede mit den vorübergehenden Bestimmungen steht; — am allerwenigsten aber der Satz, dessen sprachlicher Abfassung man die Entscheidung abzugewinnen versuchte, für sich allein aufgefaßt werden, weil er ein Zwischensatz ist und als solcher für sich allein gar keinen Ausschlag geben kan.

Es muß daher auf den ganzen Verlauf und Zusammenhang der Rede zurückgegangen werden, und da entwickelt sich die Anordnung des Gesetzes auf folgende Weise:

Nach dem Gesetze

fällt

das Heirathsgut

nach dem Tode des Mannes

seiner Ehegattinn »oder« ¹⁰⁾ wenn sie vor ihm stirbt,
ihren Erben

. heim. —

Das führt auf nachstehendes Ergebnis:

Die Entscheidung der Frage: Wann? liegt in den Worten: »nach dem Tode des Mannes«. Sie ist in denselben auf beide — in der kommenden Unterscheidung folgende — Fälle passend gegeben, und wenn die wirkliche Beziehung auf beide dann allerdings auf den ersten Blick unzweifelhaft wäre, wenn die Worte stat vor jener Trennung der Fälle nach derselben ständen und es lautete:

Nach dem Gesetze fällt das Heirathsgut der Ehegattin, oder wenn sie früher stirbt, ihren Erben nach dem Tode des Mannes heim — ,

¹⁰⁾ In der Stelle heist es: »und«; allein dieses »und« hat offenbar die Bedeutung und Kraft eines »oder« und darum setzen wir, der Deutlichkeit in der Darstellung halber, dieses letztere geradezu her.

so folgt doch bei der vorliegenden gegentheiligen Stellung so wenig die Beschränkung derselben auf den ersten Theil der Unterscheidung — »seiner Ehegattin« — allein, daß vielmehr ihre Ausdehnung auf den zweiten nicht nur durch den natürlich-einfachen Verlauf der Rede herbeigeführt, sondern zur Vollständigkeit des Sinnes unumgänglich erfordert wird.

Denn was nach dem »oder« folgt, bezieht sich lediglich auf die Frage: Wem? und der Zwischensatz: »wenn sie vor ihm stirbt« dient nur zur Erläuterung des »oder«, zur Erklärung, unter welchen Umständen der Fall dieses »oder« eintrete ¹¹⁾, folgender Gestalt:

seiner Ehegattin »oder« .. erläuternder Zwischensatz:
für den Fall, wenn sie vor ihm stirbt ... ihren Erben.

Wie also einerseits das »oder« nur das vorübergehende: »seiner Ehegattin« aufhebt, aber das noch frühere: »nach dem Tode des Mannes«, in welchem die Bestimmung des Zeitpunktes für den Heimfall liegt, unangetastet läßt, weil es diese Bestimmung gar nicht berührt: so ist andererseits die Beziehung der letzterwähnten Worte auf die weitere Unterscheidung — nach dem

¹¹⁾ Die Gesetzeskritik hätte diesem Zwischensatz auszustellen, daß er den Fall, als die Frau zwar nicht ihren Mann überlebt, aber auch nicht vor ihm stirbt, sondern zugleich mit ihm, nicht einschließt, da doch auch in diesem der Heimfall an die Erben stat findet. Es läßt sich zwar die Entscheidung dieses Falles, wie oben gezeigt, vernünftigerweise nicht in Zweifel ziehen, wenn man sich nur gesetzt, daß das Gesetz demselben in seiner Bestimmung nicht insbesondere vorgesehen habe — und dieses wieder fände seine Erklärung und Rechtfertigung in dem gemeinbekannten Grundsatz: *Lex non respicit casum rariorem*; da Niemand in Abrede stellen wird, daß der Fall nicht etwa ein *casus rarior*, sondern gewiß ein *casus rarissimus* zu nennen ist. — Allein wenn die Entscheidung bei einer kleinen Umgestaltung des Ausdrucks in den Wortlaut unmittelbar gelegt und dadurch offen entschieden sein könnte, warum sollte es unterbleiben? Sie würde aber unmittelbar in dem Wortlaute liegen, wenn der Satz »vor ihm« dahin ginge: »nicht nach ihm«, und die kleine Umgestaltung des Ausdrucks wäre hergestellt, wenn es stat: »wenn sie vor ihm stirbt«, lauten würde: »wenn sie ihn nicht überlebt«.

oder« — aus dem Grunde unausweichlich, weil sonst für den zweiten Fal die Frage: Wann? gar nicht beantwortet wäre, da sie doch für denselben nicht minder beantwortet sein wil und muß.

Es dürfen daher nicht nur die Worte: »nach dem Tode des Mannes« bloß auf das: »seiner Ehegattinn« beschränkt, sondern sie können nicht einmal von dem: »oder wenn sie vor ihm stirbt, ihren Erben« losgelöst werden; denn wenn das gegentheilige Verfahren in der ersten Absicht keinen Grund hätte, so würde es in der zweiten gar keinen Sin haben.

4.

Bei dieser Sachlage fallen die obigen Bedenken rücksichtlich der Anwendung der gegenwärtigen Zeit in dem erläuternden Zwischensatz gänzlich weg. Denn eben als bloß erläuternder Zwischensatz kann er bei der Entscheidung in der Hauptsache keine Stimme haben und bei einem Zweifel über einen Punkt derselben kan nicht er jener die Bedeutung geben, weil umgekehrt er von ihr seine Bedeutung erhält. —

Wolte aber jemand läugnen, daß der Satz lediglich ein erläuternder Zwischensatz sei, und behaupten, daß derselbe, wie er von der einen Seite die Bedingung, unter welcher der zweite Fal eintritt, ausdrücke, von der andern zugleich die Zeitbestimmung für ihn enthalte, nämlich eben dann, wann die Gattin vor dem Manne stirbt, wobei der gesetzlichen Anordnung folgende Gestalt gegeben würde:

Nach dem Gesetze fällt das Heirathsgut
für den ersten Fal: Wann? nach dem Tode des Mannes

Wem? seiner Ehegattinn

und

für den zweiten Fal: Wann? wenn sie vor ihm stirbt,

Wem? ihren Erben

. heim — :

so muß dagegen bemerkt werden, daß es in dieser Absicht stat

„wenn“ lauten müste: „wann“; weil im Gegentheile der Satz immer einen bedingungsweisen und nicht einen zeitbestimmenden Sinn haben wird. Wenn man aber solches damit zu erklären versuchte, daß neben der zeitbestimmenden jene bedingungsweise Bedeutung zugleich aufrecht erhalten werde, so wird man sich unmöglich verhehlen können, daß diese Einlegung einer zweifachen Bedeutung in das eine Wort, eines doppelten Sinnes in den einfachen Satz sich nicht ohne den unnatürlichsten Zwang vornehmen lasse; wie man überhaupt, in dem ein wie andern Falle, die Schwierigkeit und Härte der ganzen Auslegung auf keine Weise zu läugnen vermag.

Allein zugegeben die Zulässigkeit derselben, so liegen zwei Möglichkeiten der Auffassung unserer Gesetzesstelle vor uns und wir befinden uns wie Herkules vor einem Scheidewege. Aber wenn der griechische Heldengott den schwierigeren und steinigern Pfad einschlug, weil es der edlere und ruhmvollere der Tugend war, so können wir uns unmöglich bereuen, der härteren und holprigern Auslegung den Vorzug zu geben vor der ungezwungeneren und einfacheren. Da aber solcher Vorzug unverkenbar der erst gegebenen zu Statten kömmt, so können wir nicht anstehen, den Weg einzuschlagen, welcher näher liegt, und ebener läuft, und die Gesetzesstelle aufzufassen:

Nach dem Gesetze fällt das Heirathsgut

Wann? nach dem Tode des Mannes

Wem? seiner Ehegattinn odere — wenn sie vor ihm stirbt — ihren Erben

. heim —
eine Auffassung, welcher zu Folge sich die Frage unseres Zweifels nach der zweiten Ansicht beantwortet und löst. —

II.

5.

Wie unläugbar aber, diesen Ueberlegungen zu Folge, alle Gründe aus der sprachlichen Abfassung unserer Gesetzesstelle der zweiten Ansicht das Wort führen: so können wir uns doch nicht die Ueberzeugung abgewinnen, daß das Gesetz wirklich den Punkt unseres Zweifels namentlich und insbesondere bedacht und mit klarem Bewußtsein in den Wortlaut gelegt habe. Es wil uns nimmermehr einleuchten, daß das Gesetz dasjenige, was es zu bestimmen im Sinne hat, könne erst suchen lassen, mit dem, was es festzusetzen beabsichtigt, Versteßens spielen wollen.

Bei dem Mangel dieser Ueberzeugung aber können wir uns weiter nicht verhehlen, daß der Wortlaut nicht mehr als ein verlässlicher Anhaltspunkt erscheine, den Zweifel, welcher sich aus ihm ergeben, zu lösen. Denn sobald wir nicht gewiß sind, daß die Worte namentlich und insbesondere für den Punkt desselben berechnet sind, so ist ja — denn wie vieldeutig ist das Wort! wie gesteigert vieldeutiger ist die Stellung der Worte! — nichts leichter möglich, als daß in der, bezüglich seiner, unwillkürlichen Wahl des Ausdrucks etwas anderes zu finden ist, als das Gesetz, wenn es ihn geradezu bedacht und ihm mit Bewußtsein vorgegeben hätte, in den Sin gelegt haben würde. Besser, man geht in dem Mißtrauen gegen den Wortlaut zu weit — wo er nicht völlig klar und unzweideutig spricht —, als in dem Vertrauen zu ihm.

Dem zu Folge müssen wir unsere Entwiklung aus der sprachlichen Abfassung, zwar nicht ganz und gar verwerfen — denn andrerseits sind wir ja eben so wenig gewiß, ob nicht das Gesetz doch dasjenige wirklich in die Worte gelegt habe, was wir in ihnen zu finden glaubten, sondern wir sind nur im Zweifel —, doch einstweilen bei Seite setzen, und, uns nach einem andern Wege umsehend, auf welchem wir sicher und verlässlich zu dem Ziele

der Wahrheit gelangen können, abwarten, wohin uns dieser führen mag.

Und welches dieser andere, einzig verlässliche Weg sei, liegt nicht ferne. Denn, wenn der Wortlaut verläßt, so steht der Sin fest, welcher dem Ganzen allgemein zu Grunde liegt und daher, wenn auch nicht für den einzelnen Punkt eine besondere Verfügung ausgesprochen ist, doch für ihn derselbe bleibt; so ist sich an die Grundsätze zu halten, welche das Gesetz über den Gegenstand, auf welchen sich die Frage bezieht, aufgestellt hat; so ist es, mit einem Worte, die gesetzliche Natur der Sache, in welche Behufs der Lösung einzugehen ist.

6.

Das Ganze, auf welches sich in unserem Falle der Punkt des Zweifels bezieht, ist das Heiratsgut, und die gesetzliche Natur desselben ist es daher, welche wir zu erfassen haben.

§. 1218 setzt das Wesen des Heiratsgutes gesetzlich folgender Gestalt fest:

Unter Heiratsgut versteht man dasjenige Vermögen, welches von der Ehegattinn oder für sie von einem Dritten dem Manne zur Erleichterung des mit der ehelichen Gesellschaft verbundenen Aufwandes übergeben oder zugesichert wird.

Dem zu Folge wird das Heiratsgut zwar dem Manne, aber es wird ihm nur zum Zwecke der »Erleichterung des mit der ehelichen Gesellschaft verbundenen Aufwandes . . . übergeben oder zugesichert« und ist somit dieser Zweck der wesentliche Grund seiner Einbringung.

Dieser Umstand ist von unmittelbarer Beziehung auf den Punkt unserer Frage.

Denn ist der Zweck der Erleichterung des mit der ehelichen Gesellschaft verbundenen Aufwandes der wesentliche Grund der Bestellung des Heiratsgutes, so bildet auch sein Vorhandensein die nothwendige Grundlage der Belassung desselben.

Wie nun einerseits daraus folgt, daß das Heiratsgut dem Manne so lange belassen bleiben müsse, als die eheliche Gesellschaft besteht — dafern nicht etwa außerordentliche Gründe in besondern Fällen eine Abweichung herbeiführen —, weil so lange ein mit derselben verbundener Aufwand vorhanden ist und folglich der Zweck der Erleichterung desselben aufrecht bleibt: so scheint sich andererseits daraus zu ergeben, daß das Heiratsgut dem Manne auch nur so lange belassen bleiben könne, als die eheliche Gesellschaft besteht; denn wenn diese aufhört, kann auch kein mit ihr verbundener Aufwand da sein und hat daher das Heiratsgut, so scheint es, den Zweck seines Daseins, und wie dieser sein Wesen ausmacht, auch das Ziel seines Daseins erreicht.

Wird nun die Ehe — so fahren wir in unseren Schlüssen, auf den Fall unserer Frage einlenkend, fort — durch den Tod eines Gattentheiles überhaupt getrennt — wie solches das a. b. G. B. namentlich ausspricht (§. 111) —, so kann vollends von einer »ehelichen Gesellschaft,« wie es insbesondere in unserer Stelle heißt, keine Rede sein, sobald ein Glied derselben nicht mehr vorhanden und nur noch eines übrig ist; denn »besteht die Gesellschaft nur aus zwei Personen, so erlischt sie durch das Ableben der Einen« ¹²⁾.

Sind wir daher über die Frage im Zweifel, ob das Eingebraachte, wenn die Gattin vor dem Manne stirbt, von ihm sogleich oder erst nach seinem Ableben an ihre Erben herausgegeben werden müsse, so würde sich dieser Zweifel, der gesetzlich aufgestellten Wesenheit des Heiratsgutes und unserer daraus gezogenen Folgerung gemäß, dahin lösen, daß dasselbe, da mit dem Tode der Frau als einen Gattentheiles die eheliche Gesellschaft, mit dieser der mit ihr verbundene Aufwand, und damit die Zweckbestimmung des

¹²⁾ §. 1207 a. b. G. B. — Der §. steht in dem Hauptstücke »Von dem Vertrage über eine Gemeinschaft der Güter« und die Stelle bezieht sich somit nur auf Erwerbsgesellschaften; aber darum wurde die Gesetzesstelle nicht als solche, sondern nur die Worte derselben, wie die einer andern einfachen Anführungsstelle, angezogen.

Heiratsgutes, als welche in der Erleichterung dieses Aufwandes bestehe, ein Ende habe, solche Zweckbestimmung aber den wesentlichen Grund der Bestellung und damit die nothwendige Grundlage der Bedingung bilde, nach dem Tode der Gattin von ihrem Manne sogleich herausgegeben und ihren Erben — oder wer sonst einen Anspruch darauf hat — ausgefolgt werden müsse.

7.

»Würde sich der Zweifel dahin lösen« . . . ; denn allerdings können wir vor der Hand nur so bedingungsweise sprechen und dürfen, so strenge die Schlussfolgerung ist, so unausweichlich sie sich aus dem von dem Geseze ausgesprochenen Wesen des Heiratsgutes zu ergeben scheint, dieselbe nicht eher als ausgemacht hersetzen, als uns nicht der Abgang einer im Geseze selbst über diesen Punkt aufgestellten hierzu berechtigt. —

Denn die schulgemäße Folgerechtigkeit des Lehrbuches ist so wenig Sache, ist so wenig ein rühmenswerther Vorzug des Gesezes¹³⁾, als sie vielmehr mit dem Karakter des gegebenen Rechtes gar nicht vereinbarlich ist. Die einzige Folgerechtigkeit des Gesezes ist die werktthätige, welche besteht in dem Festhalten seines Zieles und Zweckes, daß es sei — „ut eleganter Celsus definit“ — „ars boni et aequi“¹⁴⁾, daß es das Recht, wie dasselbe rein und vollkommen nie in's Leben treten kan, nach Möglichkeit in's Werk setze. Daher kan es nach solchem Ziele

¹³⁾ So sehr dasselbe auch am Römischen Rechte wirklich gerühmt und bewundert zu werden pflegt, so daß Leibniz die »vis« und »firmitas« desselben geradezu der Bündigkeit und Strenge der Größenlehre an die Seite setzt — s. die Stelle in Haimberger's Röm. Priv. Recht 1. Bd. S. 40. Anm. J. — Und doch fällt dieses strenge folgerichtige Gesez manchmal gerade in Sachen aus seinem Karakter, wo es dazu noch überdies die Billigkeit verletzt und wir erinnern hierwegen an die Berechnung der Erbtheile in der zweiten Klasse für den Fall, als die Nachkommen der Geschwister unter sich allein zur Nachfolge gelangen.

¹⁴⁾ fr. 1. pr. D. I. 1. de just. et iure.

und in solchem Zwecke, nur so lange auf geradem Wege und in derselben Richtung fortgehen, als nicht eine neue, in den Verhältnissen des wirklichen Lebens zu beachtende Rücksicht eine Hin- oder entgegenstehende Klippe eine Ablenkung erfordert.

Nicht das Richtmaas der Denklehre darf man an die Gesetze legen, sondern mit dem Probiertestein der Lebensweisheit muß man sie prüfen; nicht von dem engen und ängstlichen Gesichtspunkte eines wissenschaftlichen Lehrgebäudes, welches seine Sätze in absteigender Unterordnung aus einem obersten allgemeinsten herzu-leiten sucht, darf man das Gesetzbuch betrachten, sondern von dem hohen und weiten Standpunkte eines thatkräftigen Lebensbuchs, als welches in der Aufgabe, die vielgestalteten, immer bewegten Verhältnisse zu ordnen, zu regeln und in ein fahrbares Geleise zu bringen, seine Einheit und sein Endziel findet, muß man es in's Auge fassen und überblicken. —

So müssen wir denn auch im vorliegenden Falle erst sehen, ob das Gesetz nicht selbst für den nähern Umfang, in welchem zunächst unser Zweifel liegt, für den Heimfall des Heiratsgutes, eine weitere Folgerung ziehe, und nur, wenn es dieses nicht, oder wenn es der von uns herausgebrachten huldigte, würden wir unsere obige Schlussführung geltend machen können.

S.

Ob nun das Gesetz die von uns aus der Wesenheit des Heiratsgutes für den Heimfall desselben gezogene Folgerung festhalte, können wir natürlich aus unserer — im ersten Theile beleuchteten — Stelle zu entnehmen nicht versuchen, weil wir eben bezüglich ihrer über diesen Punkt im Zweifel sind. Da aber diese Stelle nicht die einzige Verfügung ist, welche das Gesetz über den Heimfall des Heiratsgutes trifft, so müssen wir die weiteren in's Auge fassen, ob etwa in einer von diesen ein Anhaltspunkt für unsern Zweck geboten werde.

§. 1229. nämlich, welcher über den Heimfall des Heiratsgutes bei Trennung der Ehe durch den Tod bestimmt, enthält

drei Anordnungen, welche sich in nachstehender Aufeinanderfolge darstellen:

- A. a. Nach dem Gesetze fällt das Heirathsgut nach dem Tode des Mannes seiner Ehegattin und wenn sie vor ihm stirbt, ihren Erben heim.
- b. Soll sie oder ihre Erben davon ausgeschlossen seyn, so muß dieses ausdrücklich bestimmt werden.
- B. c. Wer das Heirathsgut freywillig bestellet, kann sich ausbedingen, daß es nach dem Tode des Mannes auf ihn zurückfalle.

Die erste Bestimmung ist unsere zweifelhafte;

die zweite Verfügung wird behufs der Lösung unseres Zweifels nichts zweckdienliches darzubieten im Stande sein, da sie nur erklärt, daß das Heirathsgut auch anderen Personen, als welche das Gesetz namhaft macht, zu Theil werden könne, nur müsse solches ausdrücklich bedungen sein: sie trifft daher nur die Frage: Wem? und berührt das Wann?, auf welches sich unser Anstand bezieht, nicht;

dagegen hat es die dritte Anordnung des §. mit dem Wem? sowohl, als mit dem Wann? zu thun und zeigt sich daher in der letzteren Beziehung als eine solche, welche für unsern Zweck näher in Betrachtung zu ziehen kömt.

9.

Die letzte Anordnung des §. stellt sich gewissermaßen selbstständig beiden früheren zugleich entgegen — wie solches in der oben gegebenen Darstellung desselben angedeutet erscheint — und der Ideengang, in welchem sie sich an die vorhergehenden anschließt, wie derjenige, welchen sie selbst weiter verfolgt, scheint, natürlich und einfach, kein anderer als dieser zu sein:

Nachdem das Gesetz im Allgemeinen über den Heimfall des Heirathsgutes bei Trennung der Ehe durch den Tod bestimmt, und sowohl die Personen, an welche, als den Zeitpunkt, in welchem derselbe Statt finde, namhaft gemacht, nachdem es wei-

ter bezüglich der ersteren die Zulassung auch anderer — als der gesetzlichen — ausgesprochen und nur die ausdrückliche Beirufung solcher Bedingnis gefordert hat: hebt es insbesondere für den Fall, als die Bestellung des Heiratsgutes freiwillig vor sich geht, hervor, daß dann — wie in der Regel und beim Schweigen der Partei allerdings auch hier das Heiratsgut in dem gesetzlichen Zeitpunkte und an die gesetzlichen Personen heimfällt — der Besteller sich den Rückfall an sich selber ausbedingen könne.

Indem aber das Gesetz diese Abweichung ausspricht, berührt es, inmitten erwähnend, zugleich den Zeitpunkt, wann, falls eine derlei Bedingnis des Rückfalles vorliegt, derselbe — „nach dem Gesetze“ — eintrete:

„nach dem Tode des Mannes.“

Da auf der Auffassung dieser Gesetzesstelle und namentlich ihrer letzt-angeführten Worte für unsere folgende Beweisführung Alles liegt, so sollten wir es bei der einfachen Darlegung derselben, wie wir sie gerade gegeben, nicht bewenden lassen.

Allein bejahungsweise können und wollen wir für sie nicht mehr thun, als sie selber für sich thut. Denn nirgends scheinen uns viele Worte weniger an ihrem Orte zu sein, als wo es sich um ein einfaches und natürliches Verständnis von andern Worten handelt. Es scheint uns darin nicht nur ein *circulus vitiosus* zu liegen, sondern dies auch völlig feinen Zweck zu verfehlen, indem es den unbefangenen Blick, anstatt zu leiten, beirret; während es von der andern Seite nicht ohne Grund in den Verdacht bringt, als wolle man in die Stelle etwas hineinlegen, was in der That in ihr nicht liegt, und als seien es nur die eigenen Bedenken, welche man zur Ruhe zu bringen und zu beschwichtigen suche. „Ich bin ein Feind von *Explicationen*“, sagt der alte biedere Böz, „man betrügt sich oder den andern, und meist beide.“

Darum: Die einzige Rechtfertigung für die gegebene Darstellung kann auch einzig in ihr selbst liegen; unmittelbar sie mag man in's Auge fassen, und wolle überlegen, ob sie wahrhaft sei und richtig, ob die Stelle in der That, „einfach und natürlich“ den Ideengang verfolge, welchen wir in ihr zu erblicken glaubten. —

Aber verneinungs- und verteidigungsweise müssen wir unsere Auffassung wahren und schützen, sobald die

Möglichkeit eines Mißverständnisses vorliegt oder ein offener Angriff droht.

1. Ein Mißverständnis wäre es, wenn es scheinen sollte, daß der Gesetzesstelle der Ein unterlegt werde: „Wer das Heirathsgut freiwillig bestellt, kan sich ausbedingen, daß es auf ihn zurückfalle, und sol dieser Rückfal nach dem Tode des Mannes Platz greifen.“ So liegt es freilich nicht in der Stelle und mit Recht würde dagegen der Vorwurf erhoben werden, daß man in dieselbe mehr und etwas anderes hineinlege, als in der That in ihr zu finden ist; aber unsere Auslegung geht gar nicht dahin, daß es so in der Stelle liege. Der sprachliche Verlauf der Rede zeigt nur Einen Hauptgedanken, welcher auf die Ertheilung der erwähnten Befugniß für den freiwilligen Besteller gerichtet ist. Aber unter dem Verfolge dieses Hauptgedankens geschieht nebenbei, wie es das Bedürfnis der Vollständigkeit des Sinnes mit sich bringt, des gesetzlichen Zeitpunktes Erwähnung, und die bezüglichlichen Worte stellen sich gleichsam als eine Zwischenrede dar, so daß die Stelle diese Gestalt annimmt:

„Wer das Heirathsgut freywillig bestellt, Kann sich ausbedingen, daß es — nach dem Tode des Mannes — auf ihn zurückfalle.“

2. Daß wir aber in diesen Worten die Bestimmung des gesetzlichen Zeitpunktes finden, kan nicht im mindesten befremden, wenn man sich besint, daß es ja überhaupt das Gesetz ist, welches spricht: das Gesetz gestattet dem freiwilligen Besteller des Heirathsgutes, daß er sich den Rückfal desselben ausbedingen könne, und das Gesetz bestimmt dabei zugleich den Zeitpunkt, wann dieser Rückfal eintreten habe.

3. „Aber gehören nicht vielmehr die Worte: „nach dem Tode des Mannes“ auch zu dem, was, wie es das Gesetz ausdrücklich zuläßt, sich der freiwillige Besteller ausbedingen kan? Drücken sie nicht vielmehr gleichfalls einen Punkt aus, über welchen derselbe eine besondere Bedingniß, nämlich eben die, daß der Rückfal nach dem Tode des Mannes eintreten solle, treffen kan?“

Und ist dann nicht, anstat dasjenige, was in dem letzten Absätze angeblich über den gesetzlichen Zeitpunkt berührt wird, rückschließend anzuwenden auf jenes, über was man nach der ersten Anordnung im Zweifel ist, vielmehr zu Folge des Grundsatzes: „Exceptio firmat regulam in casibus non exceptis“, der Schluß zu machen: Wenn der freiwillige Besteller erst besonders ausbedingen muß, daß der Rückfal für jeden Fal nach dem Tode des Mannes eintreten solle, so folgt daraus, daß nach

dem Gesetze der Heimfal nicht für jeden Fal nach diesem Tode, sondern daher für den Fal, wenn die Gattin vor dem Manne stirbt, nach dem ihrigen Stat finde?“ —

Dieser — der unsrigen entgegenstehenden — Auffassung des §. vermögen wir nichts anderes, als folgende Ueberlegungen entgegen zu setzen:

Wenn im Gesetzbuche ein §. spräche: „Die Eltern der Braut sind verbunden, ein solches Heiratsgut auszusetzen, welches ihrem Stande und Vermögen angemessen ist“, und dann hinzusetzte: »Wer das Heiratsgut freiwillig gibt, kan ihr auch ein grösseres bestellen« — was würde man zu einer solchen Bestimmung sagen? . . . Wahrscheinlich, daß es dazu nicht erst einer gesetzlichen Anordnung bedürfe. Denn daß ich mehr thun kan, als das Gesetz von mir fordert, daß ich mir eine grössere Last aufbürden darf, als mir das Gesetz auflegt, eine schwerere Bedingung stellen, als mich das Gesetz einschränkt, das ist eine nach den allgemeinsten Rechtsgrundsätzen so einleuchtende Sache, daß ihrer nicht einmal auf dem Lehrstuhle Erwähnung geschehen wird. In welchem lächerlichen Lichte aber würde es vollends stehen, wenn man das Gesetz selbst also sprechen liesse!

Und zweifelt man, daß es sich bei der zu besprechenden Ansicht anders verhalte? — In keinem Falle wäre die Unzukömmlichkeit vor handen, aber bei der Bedingung des Rückfalles, welches der unsere ist, tritt sie unverkennbar mit schneidender Schärfe hervor.

Wenn es sich um den Heimfal an die Erben der Frau oder an andere Personen, auf welche die ausdrückliche Verabredung lautet, handelte, und das Gesetz zuliesse, daß der freiwillige Besteller diesen Heimfal, obwohl er in der Regel bei dem früheren Ableben der Frau gleich nach diesem eintrete, für jeden Fal auf den Tod des Mannes festsetzen könne: so wäre damit allerdings etwas neues und vernünftiges bestimmt. Denn hier würde zu Gunsten des Mannes eine Ausnahme vom Gesetze gegen dritte Personen bedungen; eine Bedingung, deren Zulässigkeit sich keineswegs von selbst versteht und auf den ersten Blick einleuchtet; wie in der Folge auch wir, welche wir die gegenwärtige Entscheidung aus dem Gesetze finden, in die Untersuchung eingehen werden, ob von dieser gesetzlichen Bestimmung zum Nachtheile des Mannes eine einschränkende Bedingung getroffen werden könne.

Aber hier, wo von dem Rückfal des Heiratsgutes an den freiwilligen Besteller selbst die Rede ist, wenn hier das Gesetz, wie jene Auffassung wil, zuliesse —! —, daß er sich selbst eine schwerere Bedingung, als von ihm gefordert wird, auflegen könne: hielte das dem Shaftesbury'schen

Probierstein der Wahrheit — der Lächerlichkeit —, hielte das dem Horazischen: *crisum teneatis amici?*« Stand?

10.

Die Bestimmung lautet unbedingt und allgemein, keinem Zweifel und keiner Unterscheidung Raum gebend. Hier ist kein »oder«, kein »und« mit der Bedeutung und Kraft eines »oder«; hier wird nicht darauf gesehen, ob die Gattin noch am Leben oder bereits vor dem Manne verstorben sei: die Verfügung spricht sich ununterschiedlich für jeden Fall dahin aus, daß, wenn sich der freiwillige Besteller den Rückfal des Heiratsgutes ausbedungen hat, solcher Rückfal nach dem Tode des Mannes Platz greift.

Für diesen Fall also geht das Gesetz von der Folgerung, welche wir aus der gesetzlichen Wesenheit des Heiratsgutes in Vorhinein gezogen, von der Folgerung nämlich, daß das Heiratsgut, da es dem Manne zum Zwecke der Erleichterung des mit der ehelichen Gesellschaft verbundenen Aufwandes eingebracht werde, solcher Zweck aber — welcher zugleich Grundlage der Belassung sein müsse — das Ziel seiner Anwendung verloren habe, sobald die Gattin sterbe und den Man allein zurüklasse, ihm nach solchem Tode nicht länger belassen bleiben könne, ausdrücklich und unlängbar ab, indem es den Zeitpunkt des Rückfalles ohne Unterschied, folglich auch für damals, da die Frau vor dem Manne stirbe, auf den Tod des letzteren festsetzt.

Die Frage ist jetzt: Kan von der unzweideutigen Bestimmung des Gesetzes für diesen Fall eine rückschließende Anwendung auf die übrigen, namentlich auf unsern zweifelhaften, gemacht werden? und welche? ¹⁵⁾.

¹⁵⁾ Rückschließend nicht etwa deshalb, weil die betrachtete klare Anordnung am Ende des §., die zweifelhafte aber an dessen Spitze steht; sondern aus dem Grunde, weil der Fall, welchen jene im Sinne hat, jedenfalls von der gewöhnlichen und ortonlichen Bestellung des Heiratsgutes der am weitesten entlegene ist, was auch die zweifache Brücke beweisen wird, welche wir von ihm zu dem unseren schlagen müssen.

»Aber wenn die Worte: »nach dem Tode des Mannes,« wie oben aus einander gesetzt wurde, nur eine nebenbei Berührung sind, wie wil in einer solchen etwas Entscheidendes gesucht, wenn sie nur eine Zwischenrede bilden, wie kan auf sie eine Untersuchung gebaut werden? . . . das letztere, gegen welches eben so entschieden zu Felde gezogen wurde, das erstere, gegen was unten so entschieden zu Felde gezogen werden wird?« —

Ein bekannter Rechtspruch lautet: *Duo quum faciunt idem, non faciunt idem*; man könnte ihn allgemeiner so stellen: *Istic et illic quum sit idem, non sit idem*.

Bezüglich der Zwischenfälle wurde oben gesagt, daß sie für einen Punkt in der Hauptsache keine entscheidende Stimme abgeben können, weil sie im Gegentheile nur durch jene ihre Stellung und Bedeutung erhielten. Das trifft aber hier nicht. Denn die Bestimmung des Zeitpunktes, welche in den Worten gegeben ist, ist hier kein Punkt der Hauptsache, als welche, wie bemerkt, einzig auf die Einräumung der erwähnten Befugnis gerichtet ist, und wir geben ihnen daher auch nicht für einen Punkt der Hauptsache in dem Zusammenhange der Rede, in welchem sie sich befinden, eine entscheidende Stimme, sondern über einen Punkt, welcher hier allerdings Nebensache, allein an einer andern Stelle Hauptsache, in derselben aber nicht völlig klar entschieden ist.

Wenn wir aber unten das nebenbei Berührte verwerfen, so geschieht dies aus dem Grunde, weil es nicht an seinem Orte ist. Das trifft aber hier wieder nicht, weil dieses, obschon in der Stelle und für dieselbe nebenbei gesagt, doch darum an seinem eigentlichen Orte ist, da die Stelle zu dem Gegenstande, bezüglich dessen der Punkt berührt wird, selbst gehört.

II.

Der Fall, bezüglich dessen das Gesetz die belenchtete ausdrückliche Verfügung trifft, ist jener, da der freiwillige Besteller des Heiratsgutes sich den Rückfall an sich selber ausbedungen hat; und unsere obige eine Frage über die Anwendbarkeit des Rückflusses löst sich daher in zwei auf einander folgende auf:

Vorerst: Leidet die gesetzliche Anordnung, welche für den sich von dem freiwilligen Besteller ausbedungenen Rückfall getroffen ist, auch auf jene des durch ausdrückliche Bedingnis be-

stirnten Zufalles an andere Personen, oder des, bei dem Abgange einer solchen, Platz greifenden gesetzlichen Heimfalles an die Ehegattin oder ihre Erben — alles aber unter der Voraussetzung der freiwilligen Bestellung des Heiratsgutes — Anwendung?

und, falls diese Frage bejahend beantwortet würde — denn wenn die Antwort schon hier verneinend ausfiel, so könnte die Entscheidung um so weniger mit einem Sprunge auf die entfernten Fälle der pflichtgemässen Bestellung bezogen, sondern müste als eine ganz besondere Verfügung für jenen Fall erklärt werden —,

die weitere: Findet dasjenige, was für die Fälle der freiwilligen Bestellung des Heiratsgutes — mag der Rückfall ausbedungen, oder der Zufal an bestimmte Personen verabredet sein, oder der gesetzliche Heimfal eintreten — nach dem Gesetze gilt, auch für jene der pflichtgemässen Stat? —

A. Wenn wir über die erste Frage im Zweifel sind, so sind wir es im Grunde über die: ob die andern Personen, an welche das Heiratsgut entweder der getroffenen Verabredung zu Folge, oder nach dem Gesetze zu fallen hat, in Betref des Zeitpunktes dieses Heimfalles dem freiwilligen Besteller, falls sich dieser den Rückfal ausbedungen, gleichgehalten werden, oder aber besser daran, als der freiwillige Besteller sein sollen?

Nämlich: Wenn sich der Besteller den Rückfal an sich selber vorbehalten, so tritt dieser Rückfal, der ununterschiedlichen Bestimmung des Gesetzes zu Folge, nach dem Tode des Mannes, folglich auch damals erst dann ein, wenn die Gattin vor dem Manne mit Tode abginge. Hat er aber diese Ausbedingnis nicht getroffen, sondern andere Personen namhaft gemacht, welchen das Heiratsgut zufallen sol, oder gar keine, wo die gesetzliche Bestimmung Anwendung findet, so sind wir im Zweifel, ob diesen andern Personen das Heiratsgut auch, wie dem freiwilligen Besteller selbst, in jedem Falle nach dem Tode des Mannes, oder ob es ihnen nicht damals, da die Frau vor ihm stirbt, schon

gleich nach ihrem Tode zukomme? — Der freiwillige Besteller selbst in diesem Falle muß warten, bis erst auch der Mann abstirbt, wie das Gesetz hierüber ausdrücklich bestimmt: die andern Personen aber kommen vielleicht — denn darüber sind wir im Zweifel — sogleich dazu?

Bei diesem Ausgange des Zweifels können wir unmöglich einen Augenblick anstehen, ihn unbedingt zurückzuweisen. Das Gesetz wird doch nicht denjenigen, von welchem das Ganze, und zwar freiwillig, herrührt, welcher das Heiratsgut, ohne hierzu verbunden zu sein, aus eigenem Willen und Vermögen bestellt hat, in eine strengere Lage versetzen, als die andern, welche, wenn ihnen etwas zukömt, nur jenem es zu verdanken haben, welchen es nur durch die Wohlthat von jenem zu Theil wird?! —

Aber sollte jemand meinen, daß das Gesetz für den Fall, als der Besteller sich selbst den Rückfall vorbehält, eben darum die schwerere Bedingung auflege, weil er das Heiratsgut nicht an die gesetzlichen, oder doch an andere Personen kommen lasse, sondern das, was er gegeben, nachdem es seinen Zweck erreicht, wieder zurücknehme?

Das: »oder doch an andere« — als die gesetzlichen — »Personen«, welchem man doch, da es der dritte mögliche Fall ist, nicht ausweichen kan, deß die ganze Schwäche solchen Meinens auf. Denn, wenn schon einmal die gesetzlichen Personen ausgeschlossen sind, so würde es für das Gesetz gleichgiltig sein, ob der Besteller selbst oder andere — auswärtige — Personen dazu kommen, und könnte es denselben wenigstens gegen diese nicht strenger behandeln; zu einer Unterscheidung aber, welche diese von jenen — gesetzlichen — trennte, ließe sich auch nicht der geringste Anhaltspunkt herausfinden.

Aber auch was die gesetzlichen Personen allein betrifft, so hieße es dem Gesetze eine wahre Anmassung zumuthen, wenn man dasselbe hier für sie etwas ansprechen, fordern ließe, wo die Bestellung auch nicht im geringsten auf einer gesetzlichen Verbindlichkeit beruhte, sondern ganz und gar unabhängig von einer solchen rein aus dem freien Willen der Partei hervorging. —

So gewiß daher die gegentheilige Annahme auf die unausweichlichsten Unzuförmlichkeiten führte, so gewiß ist kein anderer als der Rückschluß zu machen: Wenn schon dem freiwilligen Besteller selbst das Heiratsgut nur nach dem Tode des Mannes gesetzlich rütfällt, um wie viel mehr wird der gesetzliche Heimfal an die Erben der Frau oder andere Personen erst nach diesem Tode eintreten können.

B. Und ein ähnlicher Rückschluß führt, eine über Mittelbegriffe geschlagene Brücke, von der nunmehr festgestellten Bestimmung für die Fälle der freiwilligen Bestellung auf die Auflösung der zweifelhaften für jene der pflichtgemässen.

Denn in dieser Beziehung muß auf ähnliche Weise gefolgert werden: Wenn bei dem pflichtgemäß bestellten Heiratsgute nach dem Gesetze etwas anderes gelten sollte, als bei dem freiwillig gegebenen, so könnte dieses vernünftiger Weise unmöglich etwas gelinderes sein. Denn wolte man auch von jener Seite sagen, daß das Gesetz, indem es die Bedingungen loferer knüpfe, die durch Gebot aufgelegte Last zu erleichtern beabsichtige, so liesse sich dagegen von dieser fragen: ob das Gesetz, da es dieselben hier stärker anziehe, die aus freien Stücken übernommene erschweren wolle? Oder könnte man annehmen, daß das Gesetz, indem es an die freiwillige Bestellung schwerere Bedingungen knüpft, diese zu verhindern, daß es denjenigen, der sich zu einer solchen herbeilassen wil, davon abzuhalten, der sich herbeigelassen hat, dafür zu bestrafen im Sinne habe?

Eine solche strengere, schwerere Bedingung aber wäre es, wenn bei einem pflichtgemäß bestellten Heiratsgute der Heimfal für den Fal des früheren Ablebens der Ehegattin sogleich nach ihrem, bei dem freiwillig bestellten aber erst nach dem Tode des Mannes Stat fände, wenn namentlich der freiwillige Besteller selbst — denn dies wäre immer das auffallendste —, da er sich den Rückfal ausbedungen, erst den Tod des Mannes abwarten müßte?

Daher lautet die vollständige Schlussfolgerung:

Wenn schon in jenem Falle, da sich der freiwillige Besteller eines Heiratsgutes den Rückfal ausbedungen hat, also in

demjenigen, welcher — wenn ja eine Abweichung Stat haben sollte — der begünstigste von allen sein müßte, der Heimfal jederzeit erst nach dem Tode des Mannes Platz greift, um wie viel mehr wird er an andere, vertragsmäßig bestimmte, Personen oder an die nach dem Gesetze berechtigten Erben der Gattin erst dann, um wie viel am allermeisten wird er bei einem pflichtgemäß bestellten Heiratsgute an die ausdrücklich bestimmten oder gesetzlich berufenen Personen unmöglich eher eintreten müssen, können.

Während wir hier vermittelt eines Rückschlusses, von welchem jeder Schritt gerechtfertigt wird, von der unzweifelhaften Verfü- gung des Gesetzes in dem letzten Absätze des §. auf die Auf- hellung der zweifelhaften in dem ersten folgern, müssen die An- hänger der gegentheiligen Ansicht umgekehrt von ihrer — wie sich oben gezeigt hat, nicht Stich haltenden — Auslegung der zweifels- haften auf die Beschränkung der auf den ersten Blick unzweifels- haften schließen.

So heist es in Scheidlein's Miszellen: »Bestelt ein Dritter das Heiratsgut freiwillig, so kan er sich zwar ausbedingen, daß es nach dem Tode des Mannes (also um so mehr nach dem Tode der Gattin) auf ihn zurückfalle« u. s. w.¹⁶⁾; und ähnlicher Weise spricht Rippel: »Es ist . . . in die Augen springend, daß der Ausspruch des Gesetzgebers in dem letzten Absätze dieses §., auch für den Fal zu gelten habe, wenn die Gattin stirbt, und daß sohin der wohlthätige Besteller sich auszubedingen das Recht habe, daß es nach dem Tode der Frau auf ihn zu- rückfalle.¹⁷⁾«

12.

Auf diese Weise hat der zweigetheilte Rückschluß auf das Ergebnis geführt: daß in allen Fällen der gesetzliche Zeitpunkt für den Heimfal des Heiratsgutes mit dem Tode des Mannes eintritt, mag er selbst oder seine Gattin früher ableben.

Gehen wir nun mit diesem Folgesatze auf die Stelle, deren zweifelhafte Abfassung zu der ganzen Untersuchung Veranlassung gegeben, und auf unsere sprachliche Zergliederung derselben, aus

¹⁶⁾ a. a. D. 1. S. 62.

¹⁷⁾ a. a. D. S. 582.

welcher unmittelbar wir den Punkt des Zweifels aufzuhellen unternahmen, zurück, so findet sich, daß wir schon durch diese auf ein gleiches Ergebnis gebracht waren.

Haben wir aber dieselbe vorhin, weil wir, so natürlich und anscheinend unwiderleglich sie sei, auf sie allein die unbedingte Entscheidung zu bauen uns — und aus guten Gründen — nicht getrauten, einstweilen bei Seite gesetzt, so können wir sie jetzt, wo die Erörterungen aus der gesetzlichen Natur der Sache dieselbe Auflösung zum Vorschein gebracht, in Folge und auf Grundlage dieser geltend machen und als die wahre und richtige herstellen:

Nach dem Gesetze fällt das Heirathsgut

nach dem Tode des Mannes

seiner Ehegattinn, und wenn sie vor ihm stirbt, ihren Erben heim.

Sonach zeigen sich Wortlaut und Sin auf ungezwungene Weise im Einklange; denn beide stellen das Ergebnis heraus: daß das Gesetz, wie es das Heirathsgut als dem Manne zum Zwecke der Erleichterung des mit der ehelichen Gesellschaft verbundenen Aufwandes bestellt und eingebracht erklärt, doch dasselbe für ihn nicht auf die engste Bedingung des beiderseits aufrechten Bestandes der Verbindung eingeschränkt, sondern auch bei dem alleinigen Ueberleben des Mannes ihm noch fortan bis zu seinem Ableben belassen wissen wolle. —

Es erübrigt noch die Beantwortung einer Frage:

... und nicht minder die Beseitigung einiger Hindernisse, welche sich dem Ergebnisse unserer Entwicklung in den Weg zu stellen, und in anderweitigen Gesetzesstellen, die auf das Gegentheil hindeuten sollen, zu liegen scheinen. —

Zuvörderst eine allgemeine Bemerkung! — Bei der Auslegung und Entwicklung aus dem Gesetze scheint uns keine Regel unverrückt im Auge behalten werden zu müssen, als diese: Was aus dem Gesetze unmittelbar gefunden werden wil — im Gegenfaze zu demjenigen, was, da es unmittelbar im Gesetze

nicht gegeben ist, mittelbar durch die in demselben ausgesprochenen Grundsätze zur Entscheidung gebracht werden sol; als welche Grundsätze allerdings aus dem ganzen Gesetze erholt werden müssen und wo die Weisung: das Gesetz im Zusammenhange zu erklären, ihren vollen Ein hat und ihre vollste Anwendung leidet —, das kan mit Grund und Fug nur da gesucht werden, wo es vom Gesetze behandelt und entschieden sein wolte; nicht aber hier und dort, wo die Hauptentscheidung auf einen ganz andern Gegenstand gerichtet ist und nur allenfalls nebenbei jener Punkt — der seine eigentliche Stelle an einem weit andern Orte hat, oder haben sollte — berührt wird. Eine solche nebenbeie Berührung geschieht so kurz und mager, als es der Zweck der Andeutung gerade mit sich bringt: wie wil man in einer solchen etwas Entscheidendes suchen?

Wir haben unsere zweifelhafte Frage aus derjenigen Gesetzesstelle gelöst, welche den Gegenstand, zu dem sie gehört, den Heimfall des Heirathsgutes, behandelt und wo daher ihre Beantwortung, wenn eine solche im Gesetze enthalten sein sol, einzig an ihrem Orte ist. Werden uns jetzt anderweitige, von dem Zwecke einer Eingehung in dieselbe weit entfernte Gesetzesstellen beirren können, wenn sie in ihren Hinweisungen, Andeutungen, Berührungen die gegentheilige Entscheidung zu begünstigen scheinen? Und werden wir dieses, von vorn herein, für mehr als Schein erklären? Werden wir jene Hauptstelle durch diese anderweitigen zu erklären und zu berichtigen haben, oder vielmehr umgekehrt diese durch jene? —

1. Im §. 1227 heist es: — — So lange die eheliche Gesellschaft fortgesetzt wird, gehört die Fruchtnießung des Heirathsgutes, und dessen, was demselben zuwächst, dem Manne. — —

Wenn die Gattin stirbt und den Man allein zurükläßt, so wird die eheliche Gesellschaft doch offenbar nicht mehr fortgesetzt, sondern aufgehoben. Nun heist es: So lange sie fortgesetzt wird, gehört die Fruchtnießung dem Manne; folglich: Wenn sie nicht mehr fortgesetzt wird, gebührt auch die Fruchtnießung nicht mehr. Wird aber nach dem Tode der Gattin die eheliche Gesellschaft nicht mehr fortgesetzt, sondern aufgehoben, so gebührt auch der Fruchtgenuss des Heirathsgutes und dessen, was demselben zuwächst, dem Manne nicht mehr und es mus daher den Erben der verstorbenen Frau sogleich herausgegeben werden. Gegen die Richtigkeit und Bündigkeit der Schlussführung ist nicht das Geringste einzuwenden, wohl aber Alles gegen die Gültigkeit und Anwendbarkeit der Schlussbauung und Folgerung.

Man sehe auf die Handschrift dieses §. und der folgenden, fasse in's Auge seine Stellung zu den früheren und späteren, er-

wäge seinen Inhalt und stelle sich die Fragen: Was wil in dem §. behandelt und entschieden sein? Wil hier die Frage, wie lange dem Manne seine Rechte an dem Heiratsgute zustehen, beantwortet werden? — Es scheint, daß nicht. Denn diese Frage fällt mit der, wann das Heiratsgut heimfalle, zusammen, und wenn dieselbe daher schon hier gelöst würde, so wäre der erst später folgende §. 1229 so gut wie überflüssig. Vielmehr wird hier und in dem nächstfolgenden §. 1228 über die Verwaltung und Fruchtnießung, kurz über die Rechte, welche dem Manne während des Besizes, also vor dem Heimfalle des Heiratsgutes zustehen, verfügt und nur im Zwecke dieser Verfügungen geschieht es, daß jene Andeutung zur Sprache kömt. —

Wir bemerkten oben, daß derlei Berührungen nur kurz und mager, unbestimt und nicht bezeichnend seien: die vorliegende liefert den sprechendsten Beleg. So lange die eheliche Gesellschaft fortgesetzt wird, gebührt dem Manne die Fruchtnießung, woraus durch Gegenkehrung: Sobald die eheliche Gesellschaft nicht mehr fortgesetzt wird, gebührt auch die Fruchtnießung dem Manne nicht mehr. — Mit der Fortsetzung der ehelichen Gesellschaft kan es auf manigfaltige Art ein Ende haben. Ein Gattentheil stirbt, und zwar der Man früher, oder die Frau, oder beide sterben zugleich; oder es findet zwar kein wirklicher, aber ein bürgerlicher Tod Stat, indem ein Theil feierlich für todt erklärt wird; die Ehe wird für ungiltig erklärt, oder sie wird — bei nicht-katholischen Religions-Verwandten — getrent; oder endlich es tritt eine Scheidung von Tisch und Bet ein. Wie kurz und einfach lautet gegenüber dieser Mannigfaltigkeit der Fälle die Entscheidung des §. 1227! In der That! nicht bloß der §. 1229 wird überflüssig; auch die §§. 1263, 1264, 1265, 1266 — wozu machen sie erst viele Worte, wenn der §. 1227 die ganze Sache mit dreien entscheidet! ? . . .

Vermeint jemand noch, die Andeutungsworte des §. 1227 gegen unsere Entwikelung aus dem §. 1229 zu Felde führen zu können?

2. Wie ein vorhergehender, so ist es weiter der unmittelbar folgende §. 1230, welcher unserer Entscheidung in den Weg zu treten scheint. Er handelt von der Widerlage und spricht im Verlaufe: — — — »wenn sie« (die Ehegattin) »den Mann überlebt, gebührt ihr ohne besondere Uebereinkunft auch das freye Eigenthum, obgleich dem Manne auf den Fall seines Ueberlebens das Heirathsgut nicht verschrieben worden ist.« —

Im Allgemeinen können wir das Gewicht, welches auf den Schlußsaz dieses §. gelegt werden wolte, aus demselben Grunde beheben, wie jenes, welches auf den Zwischensaz des §. 1227; denn

die vorliegende Stelle ist für den Punkt unseres Zweifels nicht minder nur ein berührender Andeutungsatz, als der besprochene.

Allein bei näherem Eingehen offenbart sich einerseits, daß der Satz noch mehr enthalte, als diese Hinweisung, indem er zugleich etwas Neues bestimmt, daß er aber andererseits dadurch unserer Entscheidung so wenig gefährlich ist, da er etwas ganz anderes verneint, als jene bejaht.

Die gefahrdrohenden Worte: »obgleich dem Manne auf den Fall seines Ueberlebens das Heirathsgut nicht verschrieben worden ist« — bilden den Nachsatz und Gegensatz zu den vorhergehenden, worauf schon das »obgleich«, durch welches sie sich an jene anschließen, hinführt. Die Gegensatzung ist die, daß in jenen von der Stellung der überlebenden Frau zu der ihr ausgesetzten Widerlage, in diesen von dem Verhältnisse des überlebenden Mannes zu dem ihm eingebrachten Heirathsgute gehandelt wird, und die Entscheidung geht dahin, daß während jene, ohne besondere Ausbedingung, die Widerlage nach dem Tode des Mannes in's freie Eigenthum erhält, dagegen dieser das Heirathsgut, wenn es ihm nicht ausdrücklich auf Ueberleben verschrieben worden ist, nicht bekömt . . . in's freie Eigenthum nämlich. —

Das letztere steht zwar nicht ausdrücklich in den Worten; allein es bedarf einer geringen Ueberlegung, um einzusehen, daß nichts anderes als dieses in dem Sinne liege.

Denn so gewiß der zweite Satz Gegensatz des ersten ist, so bringt es das Wesen der Gegenstellung mit sich, daß sich beide auf denselben Punkt beziehen, und daß entweder — so der Gegensatz ein voller ist — in dem einen bejaht, was in dem andern verneint wird, oder daß — wenn es ein getheiltes, mit mehreren Gliedern — in jedem etwas verschiedenes, aber bezüglich des gemeinsamen Punktes, ausgesagt wird. Hier ist der Gegensatz ein voller, und wenn daher in dem Vordersatze von dem freien Eigenthume der Widerlage gehandelt und dieses der überlebenden Frau zugesprochen wird, so muß in dem Nachsatze auch von dem freien Eigenthume des Heirathsgutes die Rede sein und solches dem Manne ab gesprochen werden ¹⁸⁾.

¹⁸⁾ Ubrigens hat der Ausdruck selbst: »Verschreibung des Heirathsgutes auf Ueberleben« die Bedeutung der Zusicherung desselben in's Eigenthum. »Man pflegt sich hierbei meistens des Ausdruckes zu bedienen, daß das Heirathsgut auf Ueberleben verstanden sein sol, weil man dadurch zu erkennen gibt, daß es so, wie es an das überlebende Weib zurütfällt, dem überlebenden Man eigenthümlich verbleiben sol.« Scheidlein a. a. D. S. 63.

Daß aber der Ausdruck „das freie Eigenthum“ nicht namentlich in dem Schlusssatz vorkommt, wird darin seine Erklärung finden, daß es der Wohlklang der Rede, der numerus oratorius — und das Bestreben unseres Gesetzbuches, diesem nach Möglichkeit Genüge zu thun, ist bekannt — verbiete, dieselben Worte in einem Zusammenhange zu wiederholen, in welchem sie durch den klaren Sin leicht hinzugedacht werden können. Und man wolle nicht unbemerkt lassen, daß ja auch im Vordersatze, demselben Gesetze der Wohlredenheit zu Folge, etwas ausgelassen ist, über dessen Einschiebung man doch nicht im mindesten in Bedenken geräth, nämlich die Worte: „der Widerlage“; denn die Stelle müßte, in der einen und andern Beziehung vollständig, ohne Weglassung also lauten: „Wenn sie den Mann überlebt, gebührt ihr ohne besondere Uebereinkunft auch das freie Eigenthum“ der Widerlage, „obgleich dem Manne auf den Fall seines Ueberlebens das Heirathsgut“ in's freie Eigenthum „nicht verschrieben worden ist.“ —

Ist dem aber so, so steht die Stelle des §. 1230 mit der Bestimmung des §. 1229 nicht nur nicht im Widerspruche: denn aus dieser folgt, daß dem Manne auch nach dem Tode seines Weibes noch der Fruchtgenuss an dem Heirathsgute zustehet, während jene erklärt, daß ihm nach solchem Tode, ohne besondere Uebereinkunft, das freie Eigenthum nicht gebühre; sondern es stehen vielmehr beide im besten Einklange, da die Fruchtnießung in dem ersteren §. schon nach dem Gesetze zugesprochen wird, während der Schlusssatz des letzteren zu erkennen gibt, daß es einer besondern Uebereinkunft bedürfe, wenn dem Manne das Heirathsgut nach dem Tode seiner Frau eigentümlich verbleiben sol.

3. Nicht im geringsten gefährlich ist eine dritte Stelle, welche den Gegenstand unserer Frage berührt, der erste Absatz des §. 1260: „Wenn über das Vermögen des Mannes bei seinen Lebzeiten ein Concurs eröffnet wird; so kann die Ehegattinn zwar noch nicht die Zurückstellung des Heirathsgutes und die Herausgabe der Widerlage, sondern nur die Sicherstellung für den Fall der Auflösung der Ehe gegen die Gläubiger verlangen.“

Denn hier ist auch nicht der Schein, als wolle damit für den Zeitpunkt, wann das Heirathsgut heimfällt, etwas Entscheidendes gegeben sein; sondern die Berührung ist so einfach, daß man unbedingt auf jene Stelle zurückverwiesen wird, wo diese Frage eigentlich zur Sprache kömmt. —

13.

Also „nach dem Gesetze“; darum immer also? — Mit andern — und mehrern — Worten: Die bisherigen Erörterungen haben dasjenige zu Tage gefördert, was rücksichtlich des Heimfalles des Heiratsgutes nach dem Gesetze gilt; nun entsteht die Frage:

Dasjenige, was nach dem Gesetze gilt, muß es nach dem Gesetze gelten? — oder kan der Wille der Parteien anderweitige von der gesetzlichen Bestimmung abweichende Verfügungen gültig treffen? . . .

und falls diese Frage nach ihrem ersten Theile verneinend, nach dem zweiten bejahend beantwortet werden sollte:

Wie weit kan der Wille der Parteien anderweitige Verfügungen gültig treffen, wie weit können dieselben von den gesetzlichen Bestimmungen abweichen? — —

Die Bestellung des Heiratsgutes ist freilich in der Regel für gewisse Personen eine gesetzlich ausgesprochene und gesetzlich geregelte Pflicht; und auch in jenen Fällen, in welchen, und für jene Personen, für welche sie eine solche nicht ist, treten, sobald sich jemand von freien Stücken herbeigesunden hat, die gesetzlichen Bestimmungen nicht minder in Anwendung; oder — falls diesen zuwiderlaufende Verfügungen getroffen worden wären — dasjenige, was angeblich und vermeintlich als Heiratsgut freiwillig bestellt worden, ist in der That kein Heiratsgut.

Alein was die gesetzlich aufgestellte Wesenheit und die aus derselben fließenden nothwendigen Bestimmungen des Heiratsgutes unangetastet läßt, das ist so gewis der freien Verabredung und abändernden Verfügung der Parteien überlassen, als ja das ganze Verhältniß immer ein bürgerlich rechtliches, wenn gleich für seinen Bestand gesetzlich geregeltes, bleibt. Es kan daher, in so fern und in diesen Schranken, auch hier kein anderer als der Grundsatz gelten, daß das Gesetz nur so weit spricht, als die Partei schweigt und daher umgekehrt dann schweigt, wenn die Partei spricht: *lex tacet, quamdiu homo loquitur.* —

Daß die gesetzliche Bestimmung, welche der §. 1229 in seiner ersten Anordnung über den Heimfal des Heiratsgutes trifft, nicht im vollen Umfange wesentlich, nicht durchaus unverrückbar sei, folgt aus dem Inhalte der beiden folgenden Absätze des §. selbst, indem diese ausdrücklich der abändernden Verfügung der Parteien Raum geben: wie weit aber einerseits jene Bestimmung wesentlich und unverrückbar, und bis wohin daher andererseits der freien Verabredung Platz gelassen sei, ist in jenen Anordnungen wenigstens nicht in jeder Beziehung klar ausgezeichnet und muß durch nähere Untersuchung auseinandergelegt werden.

Wie die gesetzliche Bestimmung, so zertheilt sich auch diese Untersuchung in zwei Punkte:

- A. auf die Personen, an welche das Heiratsgut zu fallen hat,
- B. auf den Zeitpunkt, in welchem dieser Heimfal eintreten sol.

14.

Was den ersten Punkt betrifft, so spricht sich im Allgemeinen das Gesetz selbst so entschieden darüber aus, daß es hierwegen keiner weiteren Untersuchung bedarf, und es ist auch der Natur der Sache nach vollkommen einleuchtend, daß dieser Punkt die Wesenheit des Heiratsgutes nicht berührt. Denn an wen dasselbe nach Erfüllung seiner nothwendigen Zweckbestimmung komme, muß für diese Zweckbestimmung, welche eben sein Wesen ist, gleichgiltig sein.

Wenn es aber scheinen sollte, als sei hiermit der Satz: Also kan darüber bei der Bestellung nach freiem Willen und Ermessen der Parteien verfügt werden — gleichbedeutend und mit entschieden, so ist dem keineswegs so, sondern mit Rücksicht auf diese Bestellung fließen andere Verhältnisse ein und gestaltet sich die Sache verschieden:

- A. Daß der freiwillige Besteller eines Heiratsgutes nach Belieben dasselbe der Gattin ein für allemal belassen, oder

aber dem Manne in's unwiderrufliche Eigenthum übergeben ¹⁹⁾, oder andere Personen namhaft machen, oder endlich sich selbst den Rückfall vorbehalten könne, leidet keinen Zweifel.

B. Wenn die Braut das Heiratsgut aus ihrem eigenen Vermögen bestellt, so versteht es sich nicht minder von selbst, daß sie mit diesem ihrem Eigenthume nach freiem Willen Verfügungen treffen kan; vorausgesetzt, daß sie die freie Verwaltung ihres Vermögens hat.

Denn hätte sie diese nicht, so hängt es von dem Ermessen ihres Vormundes und des Gerichtes ab, welche für ihre Handlungen verantwortlich sind. In diesem Falle könnten ihre Vertreter von dem Gesetze, welches das Heiratsgut in dem Vermögen der Frau beläst, »nur in so weit« sich in eine abweichende »Bedingung« einlassen, »als sie der Braut vortheilhaft ist;« also z. B. »die im Antrage sich befindende vortheilhafte Ehe sonst nicht zu Stande kommen würde« ²⁰⁾.

C. Findet aber eine pflichtgemäße Bestellung Stat, so tritt eine wesentlich verschiedene Gestaltung des Verhältnisses ein.

Denn von Seite der nach dem Gesetze verpflichteten Besteller selbst, liegt es keineswegs in ihrer Willkühr, beliebige, ihnen gefällige Bedingungen zu machen: sie müssen der gesetzlichen Verbindlichkeit nachkommen und können dieselbe nicht eigenmächtig bestimmen, abändern, oder beschränken. Die gesetzliche Verbindlichkeit aber zur Bestellung des Heiratsgutes tritt freilich aus Veranlassung der einzugehenden Ehe ein; sie beschränkt sich aber, ist einmal die Ehe eingegangen und das Heiratsgut eingebracht, keineswegs auf die Dauer derselben, so, daß nach Auflösung derselben das Uebergebene wieder heimgenommen,

¹⁹⁾ Nur müßte in solchem Falle die Bestellung doch immer durch die Braut gehen — »für sie von einem Dritten« heißt es in §. 1218 —; denn würde der Besteller das Heiratsgut gerade dem Manne übergeben, so wäre es kein Heiratsgut, sondern ein dem Manne, in Absicht auf die einzugehende oder eingegangene Ehe gegebenes Vermögen.

²⁰⁾ Vergl. Scheidlein's Miscellen a. a. O. 1. Abth. S. 63 — 64.

der Rückfall des Bestellten sich ausbedingen werden könnte. Das einmal übergebene Heiratsgut stellt sich sofort als ein von den Eltern ihrem Kinde bestellter Versorgungsbetrag dar, welcher als solcher und nach seinem Zwecke ein für allemal dem Kinde verbleibt.

Dagegen von Seite der Braut, für welche das Heiratsgut pflichtgemäß bestellt worden, gilt auch hier ein Gleiches, was oben, mit Rücksicht auf ihre Selbstständigkeit oder Vertretung, gesagt wurde. Ist sie großjährig und selbstständig, so liegt es nur an ihr, sich eine über den Heimfall zu treffende Verfügung gefallen zu lassen oder darüber selbst eine zu treffen; ist sie minderjährig und unter der väterlichen oder vormundschastlichen Gewalt, so finden die oben erwähnten Beschränkungen Stat.

Durch diese Erörterungen aus der Natur der Sache erhalten der zweite und dritte Absatz des §. 1229 ihre, aus ihrer Abfassung allein nicht völlig klare, Bedeutung und Beschränkung.

Denn wie oben der Ideengang, in welchem sich der letzte Absatz an die vorhergehenden einfach und natürlich anzuschließen scheint, dargestellt wurde, so könnte doch die Gegenhaltung jenes, als in welchem allein von dem Rückfalle des Heiratsgutes gehandelt wird, gegen diese das Bedenken erregen, ob nicht damit ausgesprochen sei, daß ein solcher Rückfall auch nur bei der freiwilligen Bestellung Stat haben könne²¹⁾.

Dagegen wil bei Erwägung des zweiten Absatzes, als welcher, falls die gesetzlichen Personen ausgeschlossen sein sollen, zwar die ausdrückliche Beirufung dieser Bedingnis fordert, derselben aber weiter nicht die mindeste Schranke setzt, das erwähnte Bedenken nicht nur verschwinden, sondern im Gegentheile kan es scheinen, als sei der Ausschließung der gesetzlichen Personen und der Berufung anderer überhaupt keine Gränze gestekt.

Die obigen Erörterungen weisen das wahre Verhältniß der Sache nach. Man kan zwar nicht unbedingt und allgemein behaupten, daß diejenigen, welche das Heiratsgut pflichtgemäß bestellen, sich den Rückfall desselben ausbedingen können, aber man kan es auch nicht unbedingt und allgemein ab sprechen; und der

²¹⁾ R i p p e l spricht sogar geradezu: »Allein eben der Schlusatz des gegenwärtigen §. deutet an, daß diejenigen, welche zur Bestellung eines Heiratsgutes rechtlich verpflichtet sind, sich den Rückfall des Heiratsgutes nicht ausbedingen können« a. a. O. S. 582. — So unbedingt folgt dies weder in Gegenhaltung zu dem zweiten Absätze, noch ist es so allgemein wahr, wie sich beides sogleich zeigen wird.

Rückfal, dessen der letzte Absatz des §. Erwähnung thut, ist nicht der einzige mögliche.

Denn wenn die Gattin das Heiratsgut aus ihrem eigenen Vermögen bestellt, so ist ja — abgesehen davon, daß sie dann, trotz dem sie wenigstens kein auswärtiger freiwilliger Besteller ist, doch nicht minder als ein solcher nach Belieben darüber bestimmen kan — schon der Heimfal, welcher nach dem Gesetze an sie oder ihre Erben Platz greift, immer ein Rückfal, und zwar kein ausbedingener, sondern ein gesetzlicher.

Aber auch bei der pflichtgemäßen Bestellung durch die Eltern ist die Bedingung des Rückfalles möglich, dafern die Braut darein willigt; nur wäre das Heiratsgut in diesem Falle nicht als ein, ein für allemal gegebener Versorgungsbetrag anzusehen, und wie die Bestimmung des §. 1223 keine Anwendung fände, so könnte auch von einer Einrechnung des wieder Zurückfallenden in den Pflicht- oder Erbtheil keine Rede sein ²²⁾.

15.

Anlangend aber den zweiten Punkt, die Bestimmung der Zeit, wann das Heiratsgut an die betreffenden Personen kommen solle, so zeigt sich einerseits in dem Gesetze keine Zulassung einer abändernden Verfügung der Parteien, wie sie sich bezüglich der ersten vorfindet, ausgedrückt, wie es andererseits aus der Natur der Sache leicht einzusehen ist, daß derselbe so wenig — gleich jenem — für das Wesen des Heiratsgutes gleichgiltig sei, als er vielmehr mit demselben, mit dem Zwecke der Bestellung und Belassung des Eingebachten, in unmittelbarer Beziehung steht.

Daraus aber folgt nicht sogleich, daß damit jede weitere Untersuchung aufgehoben und abgeschnitten sei. Denn vorerst das bemerkte Schweigen des Gesetzes für sich allein beweist nichts

²²⁾ Wohl aber das eine wie das andere, wenn das Heiratsgut auf Ueberleben, oder der Zufal an andere Personen — versteht sich mit Einwilligung der Braut — bedungen worden wäre. Daher heißt es in Scheid-
lein's Miscellen: »Bestellen aber die Eltern der Braut das Heiratsgut aus eigenem Vermögen, so können sie diese Bedingung ohne Einwilligung der großjährigen Braut oder der Vertreter der minderjährigen nicht beirufen, weil sie es dann pflichtgemäß bestellen, und diese Bedingung der Braut lästig ist, da sie dadurch gehindert wird, über das Heiratsgut letztwillig zu verfügen und sich dasselbe doch in den Pflichttheil anrechnen lassen muß«. N. a. D. S. 64.

gegen die Zulässigkeit der abändernden Verfügung, weil sich dieselbe, wie gezeigt, da, wo es sich um bürgerliche Rechtsverhältnisse handelt, nach der Natur des Gesetzes im Allgemeinen von selbst versteht. Was aber weiter die gewonnene Einsicht betrifft, so folgt aus derselben nichts anderes, als daß es eben erst auf eine nähere Untersuchung ankömmt, ob die gesetzliche Bestimmung jenes Zeitpunktes in der Gänge unverrückbar sei, oder wie weit von derselben abgegangen, dieselbe abgeändert werden könne.

Daß der Zeitpunkt nach dem gesetzlich festgesetzten beliebig verlängert werden könne — etwa zu Gunsten der Erben des Mannes bis auf einen gewissen Tag oder bestimmten Ereignisfal —, ist auf den ersten Blick klar, weil da noch mehr gethan wird, als das Gesetz fordert.

Bei Beantwortung der weiteren Frage, ob er sich auch vor jenem verkürzen lasse, ist zuerst die verneinende Gränze des non plus ultra einleuchtend, daß der Zeitpunkt nicht vor den Tod der Gattin — bei Lebzeiten des Mannes — zurückgeschoben werden könne. Denn daß das Heiratsgut, als welches dem Manne zur Erleichterung des mit der ehelichen Gesellschaft verbundenen Aufwandes eingebracht wird, jedenfalls so lange belassen bleiben müsse, als die eheliche Gesellschaft dauert und der mit ihr verbundene Aufwand fortwährt, ist unverkenbar eine wesentliche Bedingung, welche nicht angetastet werden kan, ohne das Wesen des Heiratsgutes selbst zu verletzen. Fals daher der freiwillige Besteller eines vermeintlichen Heiratsgutes einen früheren Zeitpunkt des Heimfalles festsetzte, so könnte ihm dieses zwar niemand wehren, eben weil er freiwilliger, durch kein Gesetz ver- und darum auch an keines gebundener Besteller ist, allein dann wäre wohl ein Darleihen oder die Einräumung eines Fruchtgenusses zum Zwecke der eingegangenen Ehe vorhanden, aber keinesfalls die Bestellung eines Heiratsgutes ²³⁾.

²³⁾ »Mag es kein Heiratsgut sein, mag man es nennen Darleihen oder Einräumung eines Fruchtgenusses; der Name thut nichts zur Sache; genug daß man eingestehen mus, daß der freiwillige Besteller überhaupt

Dagegen ist es allerdings zulässig, wenn der Heimfall auf das Absterben der Frau, trotz dem Überleben des Mannes, ausbedungen würde.

Denn wohl hat es seine guten und in der Natur der Sache liegenden triftigen Gründe, daß das Heiratsgut auch nach dem Tode des Weibes dem Manne allein in der Fruchtnießung belassen bleibe. Allein gegen die guten Gründe bringt das strenge Recht nicht geringere vor, auf welche es seine Folgerung fußt.

Dieses wird vor allem die Verpflichtungen aus dem elterlichen Verhältnisse von den Berechtigungen aus dem ehelichen scheiden; und während es die ersteren nach dem Tode der Frau allerdings dem Manne allein aufbürdet, wird es die letzteren auf die engere Gränze des wirklichen Beisammenlebens der Gatten einschränken und das Heiratsgut seiner Bestimmung und seines Zweckes enthoben erklären, sobald es mit der ehelichen Gesellschaft im eigentlichen Sinne ein Ende hat.

Das strenge Recht hat hier, wie überall, streng genommen Recht, und daraus folgt, daß, wenn es irgendwo also

Alles ausbedingen kan, was er ausbedingen wil; . . . dafern es sich nur die eheschließenden Theile gefallen lassen, und diese werden es doch wahrscheinlich — ohne erst nach dem Begriffe des Heiratsgutes und ob das Bestellte ein solches sei oder nicht, zu fragen —, weil sie sonst gar nichts bekämen.

Ist dem aber so: mit welchem Zuge kan man von diesem jeder willkührlichen Abänderung Raum lassenden Falle einen Rückschluß zu machen versuchen auf jene, in welchen die Bestellung pflichtgemäß geschieht, und daher an feste gesetzliche Schranken gebunden ist? —

Wenn man bedenkt, daß, in so fern und in so weit keine besondere willkührliche Bedingung getroffen ist, auch in den Fällen der freiwilligen Bestellung die gesetzlichen Bestimmungen in Wirksamkeit treten, so behebt sich der Einwurf gegen die Möglichkeit einer rückschließenden Anwendung von selbst. Und wenn nun in der gesetzlichen Anordnung, welche die willkührliche Ausbedingung des freiwilligen Bestellers zuläßt, zugleich über einen Punkt sich ausgesprochen wird, was — falls nicht auch hier etwas besonderes festgesetzt wurde — nach dem Gesetze zu gelten hat: was kan man der Wirklichkeit derjenigen entgegensetzen?

streng genommen wird, wenn man in einem Falle, darauf gestützt, eine von der gesetzlichen Bestimmung des Zeitpunktes abweichende; denselben gleich auf den Tod der Gattin setzende Bedingung träge, diese allerdings werde aufrecht erhalten und in Vollzug gesetzt werden müssen. —

Hinsichtlich der Bestellung im besondern Falle treten übrigens in diesem Punkte dieselben Rücksichten ein, welche betref des ersten auseinander gesetzt worden sind.

III.

16.

Dieses sind die Grundsätze über den Heimfall des Heiratsgutes, wie sie sich nach den Bestimmungen des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches herausstellen.

Und ist das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch die Quelle des allgemeinen bürgerlichen Rechtes, und zwar — nebst den bezüglichen Nachtrags-Verordnungen — die einzige und alleinige, so richtet gegen dasjenige, was aus seinen Bestimmungen und nach seinen Grundsätzen entwikkelt wurde, eine Berufung auf das westgalizische Gesetzbuch nichts aus, denn dieses ist durch jenes aufgehoben und außer Wirksamkeit gesetzt worden; und eben so eine Hinweisung auf andere früher bestandene — die römische —, oder auswärtige hier nie zu Recht bestandene — die preussische und französische — Gesetzgebungen nichts aus, denn diese haben auf dem Gebiete des bestehenden österreichischen Rechtes noch weniger eine Stimme, und wenn alle Gesetzgebungen der Welt gegentheilige Entscheidungen aussprächen, so müste der österreichische Rechtsman doch bei denjenigen verbleiben, welche sein allgemeines bürgerliches Gesetzbuch trifft.

Was nach dem Gesetze zu gelten hat, muß aus dem Gesetze und aus diesem allein und unabhängig zu entnehmen sein

und entnommen werden, und auf dem Standpunkte des bestehenden und geltenden Rechtes kan auf andere, auch früher bestandene, Gesetze aus dem einfachen Grunde keine Rücksicht genommen werden, weil vor diesem Standpunkte ausser dem bestehenden und geltenden keines besteht und gilt, und das bestandene, aber aufgehobene nichts anderes ist, als aufgehoben und nicht geltend ²⁴⁾.

Daher mochte wohl der römische Rechtsgelehrte Callistratus sprechen: »Si de interpretatione legis quaeratur, inprimis inspiciendum est, quo jure civitas retro in ejusmodi casibus usa fuisset« ²⁵⁾, weil es in seiner civitas von jeher und niemals Ein Gesetz, sondern immer nur Gesetze — und die Digesten sind ja nichts anderes, als, was schon ihr Name sagt, *leges digestae* — gab. Nicht aber geht es an, auf das Verhältniß zweier Gesetzgebungen diesen Grundsatz anwenden zu wollen, nach welchem — Verhältnisse — das frühere Eine, alleinige und abgeschlossene Gesetz durch das jezige Eine, alleinige und abgeschlossene Gesetz in der Gänze behoben und völlig ausser Wirksamkeit gesetzt ist. Und wenn daher jener seinem Ausspruche hinzufügte: »optima enim est legum interpretatio consuetudo«, so müssen wir im Gegentheile sprechen: Der einzige Erklärer des Gesetzes ist nur das Gesetz selbst.

17.

Wie nichtig aber derlei Berufungen auf die Anordnungen anderer Gesetze sind, wenn sie im Sinne des bestehenden und geltenden Rechtes gemacht werden wollen; so wichtig sind die Betrachtungen und Vergleiche der verschiedenen Anordnungen,

²⁴⁾ Dagegen ist das bestandene, jetzt nicht mehr geltende Gesetz für jene Rechtsangelegenheiten, welche in die Zeit seiner Wirksamkeit fallen, auf eben diesem Standpunkte eben so allein und unabhängig geltend, wie das bestehende und jetzt geltende für diejenigen, welche seit der Aufhebung des früheren vorgefallen sind und fortwährend vorfallen.

²⁵⁾ fr. 37. D. I. 3. de legibus etc.

wenn sie aus dem Gesichtspunkte einer geschichtlichen Entwicklung der Rechtseinrichtungen aufgestellt werden, für welchen Zweck vorzüglich die Aufeinanderfolge der Gesetzgebungen in einem und demselben Staate in Betrachtung zu ziehen kömt.

Geht man in diesem Sinne von unserem gegenwärtigen Gesetzbuche auf das demselben vorhergegangene Westgalizische zurück, so wird daraus wenig Erklekliches zu erbeuten sein. Denn wenn man bei demselben durch mittelbare Folgerung ²⁶⁾ auf die gegentheilige Ansicht gebracht wird, so erscheint das darum sehr verdächtig, weil das Stehenbleiben bei jener Folgerung le-

²⁶⁾ Fast man den §. 332 des dritten Theiles wg. G. B. — wir haben ihn oben (unter 1.) bei Darstellung der Rippel'schen Ansicht gegeben —, aus welchem es sich, wie behauptet wird, »offenbar« zeige, »daß der Zeitpunkt der Heimfälligkeit des Heiratsgutes die durch den Tod des einen oder andern Ehegatten geschehene Auflösung des Ehebandes sei« — Rippel a. a. O. S. 581 —, mit unbefangenen Blicke in's Auge, so zeigt sich nichts weniger als dieses.

Denn jener Satz, welcher in unserem Gesetzbuche die Schwierigkeit erregt, ist auch in jenem von Wort zu Wort, nur in etwas veränderter Stellung, derselbe. Was aber anders, ist erstlich ein Mehreres: nämlich eine Einleitung, welche die Beweggründung der gesetzlichen Anordnung ausdrückt, ... eine Beweggründung, welche sich auch in unserem Gesetzbuche gefunden hat, aber nicht hier, sondern in der Begriffsbestimmung des Heiratsgutes im §. 1218, mit welchem wieder der entsprechende §. 314 wg. G. B. bis auf wenigstens gleichlautend und daher in diesem die Einleitung des §. 332 nur eine Wiederholung ist; — und dann ein Wenigeres, indem die dritte Anordnung unseres §. 1229 im §. 332 wg. G. B. nicht vorhanden ist.

Unmittelbar liegt daher im wg. G. B. so wenig die erste Ansicht, als im a. b. G. B. die zweite, und es kömt folglich bei jenem nicht minder, als bei diesem auf eine mittelbare Entwicklung der Entscheidung an. Bei dieser nun gehen freilich die Ergebnisse aus einander. Denn wie im §. 332 der letzte Absatz fehlt, welcher uns beim §. 1229 leitete, wie der erste zu verstehen sei, so muß für das wg. G. B. bei der Folgerung stehen geblieben werden, welche sich aus der gesetzlichen Befenheit des Heiratsgutes für die Dauer und den Endzweck seiner Betassung ergibt.

diglich dem Umstande es zu verdanken hat, daß dem §. 332 w. G. B. noch die Ergänzung fehlt, die dem entsprechenden §. 1229 a. b. G. B. gegeben ist und in welcher sich das letztere verräth, wie es seine etwas undeutliche Anordnung im ersten Absätze — welche, wie bemerkt, im w. G. B. gleichlautend und folglich gleicherweise undeutlich ist — verstanden wissen wolle.

Dagegen findet sich in dem noch früheren ersten Theile des Josephinischen Gesetzbuches folgende völlig unzweideutige Anordnung:

»Bei einer durch den Tod aufgelösten Ehe fällt an das überlebende Weib das Heurathgut, und an den überlebenden Mann die Widerlage zurück. Außer dem aber gewinnt das Weib auch die ihr vorgeschriebene Widerlage, und der Mann das ihm zugebrachte Heurathgut unwiderruflich, ausgenommen, daß wegen eines oder andern ausdrücklich bedungen worden: wie es auch nach aufgelöster Ehe damit gehalten werden soll« ²⁷⁾.

Vergleicht man diese Verfügung mit denen des ehemals bestandenen gemeinen, namentlich Römischen, Rechtes, und beide mit der Verfügung unseres gegenwärtigen Gesetzes, so führt solches auf das beachtenswerthe Ergebnis: daß, während die vorliegende Anordnung des Jos. G. B. von den Bestimmungen des gemeinen Rechtes am weitesten absteht und am meisten abweicht, dagegen die Verfügung unseres Gesetzes den mittleren Weg zwischen beiden Endpunkten eingeschlagen hat. Das Römische Recht hat bei dem früheren Ableben der Ehegattin dem Manne jedes Recht an dem Eingebrachten abgeschnitten: das Josephinische Gesetz dagegen hat es ihm in's volle Recht des freien Eigenthumes zugewiesen; das a. b. G. B. geht die Mittelstraße, indem es dem Manne gibt, was des Mannes ist, und dem Weibe gibt, was des Weibes ist: der Mann behält den Fruchtgenus bis zu seinem Tode und mit diesem fällt es den Erben der Frau eigenthümlich heim. —

²⁷⁾ § 116. 3. Hptst.

18.

Aber es ist noch ein dritter Gesichtspunkt, aus welchem man die Anordnungen der verschiedenen Gesetzgebungen in's Auge fassen kan. Denn diese geschichtlichen Rück- und Seiten-Blicke, so wenig, oder eigentlich gar nicht, sie gegenüber der *lex lata* von Gewicht sind, machen uns andererseits aufmerksam, de lege ferenda in eine Untersuchung der Gründe einzugehen, welche sich aus der vernünftigen Natur der Sache herausstellen und dieser oder jener Entscheidung des Verhältnisses das Wort sprechen. —

Das Heiratsgut ist — darin stimmen die Gesetzgebungen aller Länder und Völker überein, und dieser »consensus populi«, wie er an manchen Orten von keinem Ausfalle ist, legt hier, wo es sich um die Erfassung eines in das Gebiet des Rein-Menschlichen einschlagenden Verhältnisses handelt, gewis ein entscheidendes Gewicht in die Waagschale — ein Vermögen, welches in Absicht auf die eheliche Verbindung dem Manne, als welchem die Pflicht und Last der vermögenslichen Erhaltung obliegt, als Beisteuer zur Bestreitung des häuslichen Aufwandes eingebracht wird.

Hieraus folgt, daß, wenn die bestehende Schein-Ehe als ungiltig erklärt und behoben, oder wenn die giltig bestandene durch den Richter gesetzlich getrennt wird, wie es dann von den verabredeten Güterrechten überhaupt sein völliges Abkommen hat, auch das Heiratsgut dem Manne, oder vielmehr nun nicht mehr Manne, nicht länger belassen bleiben könne. Ja auch, wenn in der giltig und vor dem Gesetze noch fortan bestehenden Ehe eine Scheidung von Tisch und Bet vorgenommen wird, findet im Allgemeinen ein Gleiches Statt, und mit Grund. Denn besteht auch die Ehe aufrecht, so ist dieß doch mehr dem Namen, als der Sache nach; in der That ist die „*individua vitae consuetudo*“, welche werththätig ihr Wesen ausmacht, nicht mehr vorhanden; aus der wirklichen Ehe, könnte man sagen, ist eine Titular-Ehe, aus den wirkenden sind bloße Ehren-Mitglieder der ehelichen

Gesellschaft geworden und es ist nur der Richter und der §. 93, welche sich vor die völlige Auflösung des ehelichen Bandes stellen.

Wenn nun aber bei dem Absterben eines Gatten theils ein Gleiches nicht Stat finden, wenn bei dem früheren Tode der Frau das dem Manne von oder im Namen derselben eingebrachte Heiratsgut noch fortan in der Nutznießung verbleiben sol: auf welchem Grunde kan dies beruhen? — Der einzige ausreichende Grund könnte der sein, daß sich das eheliche Band, trotz des früheren Todes eines Gatten, nicht als völlig zerrissen, daß es sich noch fortan als wirksam ansehen ließe. Aber läßt sich dieses?

19.

Aus dem religiösen Gesichtspunkte der katholischen Kirche läßt es sich nicht nur allerdings, sondern es ist dies von derselben so offen dargelegt, so entschieden ausgesprochen, daß hier der Weg für die gesuchte Begründung völlig geebnet ist.

Die Canones geben es deutlich zu erkennen, daß sie die Ehe nicht etwa als eine nur durch den Tod zertrennliche, sonderu als eine auch bei diesem unauflösbare, ja nicht einmal auf das Erdenleben eingeschränkte, sondern über dieses hinausreichende Eine und Einzige Verbindung Eines Mannes mit Einem Weibe²⁸⁾ ansehen, und nicht nur die gleichzeitige Verbindung Eines Mannes mit mehr als Einem Weibe, Eines Weibes mit mehr als Einem Manne, sondern auch die auf einander folgende ist ihnen Vieleheerei.

Wenn aber dergestalt die Ehe im wahrsten Sinne *conjunctio individuum vitae consuetudinem continens*, im wahrsten Sinne *consortium omnis vitae*, im wahrsten Sinne *unius viri et unius mulieris* ist und bleibt, ist es dann anders

²⁸⁾ „Ubi enim numerus maritorum est, ibi vir, qui proprie unus est, esse desiit“. — „Una costa a principio in unam uxorem versa est: ‚Et erunt‘, inquit, ‚duo in carnem unam‘, non tres, neque quatuor, alioqui jam non duo, sed plures“. c. 10. Caus. XXXI. q. 1.

als natürlich und folgemäß, wenn die Verbindung auch in Absicht der zeitlich-vermögentlichen Genüsse so lange ihre Wirksamkeit äußert, als ein Theil, wenn auch allein, im Zeitlichen bleibt und das Vermögentliche braucht? —

Allein einerseits sieht sich nicht nur die Kirche selbst nicht im Stande, diese ihre strenge Ansicht von der Einheit und Einigkeit der ehelichen Verbindung im wirklichen Leben durchzuführen, sondern gezwungen, die zweiten Ehen zu gestatten, mit so unverhohlenem Widerwillen, mit so ausgesprochener Geringschätzung derselben (sie es auch thut ²⁹⁾), so entschieden sie auch ihre äußere Billigung denselben vorenthält ³⁰⁾, so sehr sie auch die Eingehet derselben mit kirchlichen Beschwerden und Nachtheilen belegt ³¹⁾;

²⁹⁾ Sie erlaubt es nur: „aliud est enim praecipere, aliud permittere. Quod enim praecipimus, semper placet, quod autem permittimus, nolentes praecipimus; quia malas hominum voluntates ad plenum prohibere non possumus“ — und beweggründet solche Erlaubnis, „secundas adire nuptias propter incontinentiam hominum“; ja sie erklärt geradezu: „secundam . . accipere . . (uxorem) secundum veritatis . . rationem vere fornicatio est“ —, setzt aber sogleich hinzu: „sed dum permittente Deo publice et libera committitur, fit honesta fornicatio“. c. 9. *ibid.*

³⁰⁾ Sie verbietet die Eingsegnung derselben: „quia, cum alia vice benedicti sint, eorum benedictio iterari non debet — cap. 3. de sec. nupt. (IV. 21.) —, erklärt den Priester, der dieselbe dennoch vornähme, „ab officio beneficioque suspensum“ — cap. 1. *ibid.* — und untersagt ihm bei dem „convivio secundarum nuptiarum“, zu erscheinen; denn: „quis erit presbyter, qui propter convivium illis consentiat nuptiis? c. 8. Caus. XXXI. q. 1.

³¹⁾ 1. Der wieder heiratende Ehegatte muß sich einer Buße unterziehen. c. 8. *ibid.*

2. „Bigamus in clerum eligi non potest“;

3. „Vidua . . quae duos habuit viros, etiamsi anus est, et decrepita, et egens, ecclesiae stipes non meretur“. c. 10. *ibid.* —

Ubrigens war diese strenge, die zweiten Ehen verwerfende Ansicht keineswegs die durchgängige und alleinige in der Kirche. Denn unmittelbar auf die drei heftigen cc. 8, 9 und 10, welchen die eben angezogenen

andererseits aber könnten wir, welche wir die Ehe im Allgemeinen aufzufassen haben, auf dem Standpunkte der katholischen Kirche allein nicht stehen bleiben.

Aber unser Standpunkt ist überhaupt nicht der religiöse der Kirche — irgend einer, oder aller, oder im Allgemeinen —, sondern der weltliche des Staates, und wie sich hier nicht in die Ansicht des Glaubens eingelassen werden, wie es hier nicht darauf ankommen kann, wie die Ehen im Himmel geschlossen werden, sondern darauf, wie sie auf der Erde zu Stande kommen und bestehen, so wollen wir uns weiter nicht mit leeren Betrachtungsweisen abgeben, sondern die wirklichen Verhältnisse, wie sie das Leben bringt und gibt, vor Augen halten.

20.

Daß durch den Tod eines Gatten die eheliche Gesellschaft und Gemeinschaft, wenigstens für den Schauplatz dieser Erde, aufgehoben sei, kan auf keine Weise wegvvernünftelt werden. Eine fünf Fuß hohe Erdschichte trennt schon körperlich den unter ihr ruhenden Theil von dem auf ihr sich bewegenden, drückt jenen in die Unterwelt hinab, während sie diesen auf ihrer Superficies ³²⁾ trägt.

Allein diese Trennung der Ehe ist wesentlich anderer Art, als diejenigen sind, von denen eben die Rede kam.

Stellen entnommen sind, folgen cc. 11, 12 und 13, worin die zweiten Ehen ausdrücklich gebilligt und in Schutz genommen werden. „Non damno bigamos, imo nec trigamos, et si dici potest octogamos“. „Deus masculinum et foeminam propagandi generis causa nuptiali castitate conjunxit, et secundas nuptias, quae in utroque testamento permittuntur, licitas esse monstravit“.

Und so gibt es in dem jus divinum und sacrum der Canones nicht minder widersprechende und sich zuwider laufende Stellen, als in dem jus humanum und profanum der Pandekten, welche sich jene zum Vorbild und Muster genommen.

³²⁾ Die Lebenden, könnte man in einem Gleichnisse aus unserer Wissenschaft sagen, haben das Bodenrecht bezüglich der Erde, die Todten aber ein Grubenleben.

Denn ist hier die körperliche Trennung stärker und gewichtiger, als in allen andern Fällen — wo sich doch beide Gatten auf der Erde unter Lebenden befinden —, so ist hier die körperliche Trennung auch die einzige, und nur die nothwendige des Schicksals. Denn während dort die minderstrenge äussere Scheidung durch eine das ganze innere Verhältniß auflösende Willens-Trennung herbeigeführt ist und auseinander gehalten wird, so ist hier das körperliche Band der ehelichen Gemeinschaft durch die Hand der Parze entzweigesehritten, das innere Verhältniß aber der Gesinnung ist nicht aufgelöst, sondern dauert über den Tod hinaus. »Die Liebe, welche die Ehegatten mit einander zum Ein- und Gemein-Leben verbindet, endet nicht mit dem Tode« ³³⁾. Das corpus der ehelichen Gesellschaft, kan man sagen, besteht nicht mehr, aber der animus wohl, und wie man von einer Fortdauer des Besitzes bei dem blossen Willen (possessio mentalis), so könnte man in diesem Falle von einer Gesinnungs-Fortsetzung des ehelichen Verhältnisses sprechen.

Daß dieses keineswegs eine leere Betrachtungsweise sei, vor welchen wir uns zu hüten vorgenommen, zeigt sich aus den rechtlichen, von allen Gesetzgebungen anerkannten, Folgen, welche, während sie in jenen andern Fällen ganz und gar aufgehoben sind, in diesen wirksam noch fortbestehen. »Die rechtlichen Wirkungen der Ehe, so weit sie sich auf die Persönlichkeit der Contrahenten beziehen, dauern so lange fort, als diese« — die Persönlichkeit — »besteht und sind an das Bestehen der Ehe gar nicht gebunden. Der Tod hebt daher auch nur die Gemeinschaft der Ehegatten auf und vernichtet keineswegs die Ehe in allen ihren natürlichen Folgen und Wirkungen« ³⁴⁾.

Aus diesem Grunde behält die Witwe den Namen ihres Mannes bei, welchen sie bei der Ungiltigkeitserklärung oder

³³⁾ Richter Lehrbuch des katholischen und evangelischen Kirchenrechtes mit besonderer Rücksicht auf deutsche Zustände. Leipzig 1842. S. 540.

³⁴⁾ Sigler Handbuch des gemeinen und preussischen Kirchen- und Eherechtes der Katholiken und Evangelischen. Breslau 1840 — 1841. — 2. Bd. S. 170.

Trennung der Ehe verliert, aus diesem Grunde genießt sie noch fortan die Vorzüge und Rechte seines Standes, mit welchen es in jenen Fällen ein Ende hat: und wenn Wirkungen dieser Art nur bei der Gattin hervortreten, so zeigt sich dagegen, was für den Punkt unserer Untersuchung von unmittelbarer Wichtigkeit ist, der Anspruch auf den anständigen Unterhalt, welchen der hinterbliebene Gatte — falls er nicht aus seinem Verschulden geschieden von jenem gelebt hat —, so lange ihm derselbe abgeht, an dem Vermögen des verstorbenen geltend machen kan ³⁵⁾, auf beiden Seiten wirksam ³⁶⁾.

21.

Ist damit aus der persönlichen Bedingung des ehelichen Verhältnisses der Boden bereitet und der Rechtstitel erfodten, auf welchen der Man die Belassung des Heiratsgutes bauen, so ist es eben so wenig schwierig nachzuweisen, daß auch die vermögensrechtliche Anforderung, als der Rechtsgrund, fortwähre, aus welchem er dieselbe rechtfertigen kan.

A. Sind aus der Ehe Kinder vorhanden, so ist, so wenig man von der einen Seite läugnen wird, weder daß Kinder überhaupt einen Aufwand verursachen, noch daß dieser zu dem mit der ehelichen Gesellschaft verbunden gehört ³⁷⁾, von der an-

³⁵⁾ a. b. G. B. §. 796.

³⁶⁾ Das Römische Recht nimt bekanntlich nur die arme Frau, nicht aber den armen Man in seinen Schutz; denn wenn Justinian in Nov. 53. c. 6. den menschenfreundlichen Grundsatz: „ut . . . inopia conjugis per divitias salvetur alterius“ in gleicher Weise auf beide Ehegatten angewendet hat, so hebt er dies in Nov. 117. c. 5. bezüglich des Mannes auf: „Virum enim in talibus casibus quartam, secundum priorem nostram legem, ex substantia mulieris accipere, modis omnibus prohibemus“.

³⁷⁾ Wenn jemand zweifeln sollte, ob derselbe nicht vielmehr dem elterlichen Verhältnisse zuzurechnen sei, so möge er sich besinnen, daß die Gatten »in dem Ehevertrage erklären, Kinder zu zeugen« und »sie zu erziehen«. §. 44. a. b. G. B.

bern nicht weniger einleuchtend, daß der Man, wenn ihm schon die persönlichen Verpflichtungen aus dem elterlichen Verhältnisse allein zu tragen kommen, doch betref der vermögentlichen Lasten die Beisteuer des Heiratsgutes zu dem Zwecke fordern könne, zu welchem es ihm von seiner Gattin eingebracht worden ³⁹⁾.

B. Allein auch was den Man für sich allein und als solchen betrifft, rechtfertigt sich die Belassung des Fruchtgenusses damit, daß, so wie er den Haushalt, in welchem er früher in Gemeinschaft mit seiner Gattin lebte, nunmehr allein fortführt, der Zweck der Erleichterung des damit verbundenen Aufwandes allerdings fort dauert.

Dies scheint auf den ersten Blif paradox, allein auf den zweiten zeigt sich, daß es wirklich nur scheint.

Die Sonderbarkeit scheint darin zu liegen, daß das Verhältnis sich demjenigen ähnlich zeigen wil, welches die Römer mit dem Ausdruck einer *societas leonina* bezeichneten ⁴⁰⁾; denn wenn, während dem Manne allein aller Nutzen zuköm, die Ehegattin auch nicht allen Schaden trägt — das Zeitliche wird ihr wohl überhaupt nicht mehr schaden können —, so hat sie doch unlängbar keinen Nutzen. Aber dieser Schein verschwindet, wenn man auf die Natur der ehelichen Gesellschaft eingeht.

In dem Ehevertrage erklären freilich die künftigen Gatten, »sich gegenseitigen Beistand zu leisten«; allein im bestimmten

³⁹⁾ Dieser Rücksicht verweigern selbst die Anhänger der gegentheiligen Ansicht nicht ihre Anerkennung. »Es geschieht nämlich oft«, spricht Win-
warter, »daß dem Manne das Heiratsgut für den Fall des Ueberlebens
zugewiesen wird, was allerdings der Billigkeit vorzüglich dann gemäß ist,
wenn aus der Ehe Kinder vorhanden sind, da der Aufwand auf Erzie-
hung und Versorgung derselben fort dauert«. a. a. D. S. 423.

⁴⁰⁾ fr. 29. §. 2. D. XVII. t. 2. pro socio. „Aristo refert, Cas-
sium respondisse, societatem talem coiri non posse, ut alter lucrum tan-
tum, alter damnum sentiret: et hanc societatem leoninam solitum appel-
lare“ etc.

Fälle der Ausübung ist dieser Beistand so gewiß einseitig, als er ja als solcher nicht anders als einseitig sein kann: nämlich jenem, der ihn braucht, von demjenigen, der ihn leistet. Darf nun andererseits dieser Beistand, welchen sich die Ehegatten gegenseitig zu leisten versprechen, nicht auf den Begriff der persönlichen Hülfeleistung eingeschränkt, sondern muß er im weitesten Sinne, in welchen auch die vermögensliche Beisteuer zur Tragung der Kosten des Haushaltes einbezogen wird, genommen werden, so steht der Benützung des Heiratsgutes durch den überlebenden Man nicht das geringste Bedenken im Wege. Denn daß der Man das eingebrachte Heiratsgut jetzt für seinen einsamen Haushalt allein benützt, daß die Gattin jetzt von der Verwendung desselben nichts erhält, erklärt sich ganz natürlich daraus, daß jetzt sie auch nichts braucht, sondern nur er allein.

Und wenn man sich letztlich erinnert, daß, wo „für den Fall des Überlebens keine Versorgung bedungen worden ist“, das Gesetz den überlebenden Ehegatten, welchem der anständige Unterhalt mangelt, ausdrücklich auf das Vermögen des verstorbenen verweist, kann es noch das geringste Befremden erregen, wenn wir die bedungene Versorgung für den überlebenden Man am natürlichsten in dem eingebrachten Heiratsgute seiner Gattin finden, bei dessen Belassung ihm der anständige Unterhalt, welchen er in Gemeinschaft mit ihr genossen, auch nach ihrem Tode niemals mangelt? —

Da man auf dem Gebiete unserer Wissenschaft das so genannte Scharfsinnige so gerne sieht, und auch das — nicht immer so genannte — Spitzfindige nicht zurückweist, so könnten wir aus dem jetzt angeführten Umstande sogar einen geraden Beweis nach dem Gesetze für unseren Behauptungssatz führen. Auf folgende Art:

Das Gesetz kent eine zweifache Bestimmung des Unterhaltes, die des nothwendigen, und jene des anständigen oder standesmäßigen. Hier ist ausdrücklich der letztere bezeichnet. Wie wird nun dieser bemessen? — Antwort: Nach dem Stande und Vermögen. So legt §. 91 dem Manne „die Verbindlichkeit“ auf, „der Ehegattin nach seinem Vermögen den anständigen Unterhalt zu verschaffen“; so

hat zu Folge des §. 148 bei einem Streite über den künftigen Verfall des Kindes das Gericht „auf den Stand, auf das Vermögen . . . des Vaters“ „Rücksicht“ zu nehmen; so „bestimmt das vormundschaftliche Gericht“ nach Vorschrift des §. 219 „die Unterhaltungskosten“ mit Rücksicht „auf das Vermögen, auf den Stand . . . des Minderjährigen“; so fordert §. 549 ein „dem Stande und dem Vermögen des Verstorbenen angemessenes“ „Begräbniß“ und §. 1220 von den „Ältern oder Großältern“ „in ihrem Stande und Vermögen angemessenes Heirathsgut“ u. s. w. Wenn nun §. 796 dem überlebenden Manne den anständigen Unterhalt aus dem Vermögen seiner verstorbenen Gattin zusichert, kan ihm das von ihr eingebrachte Heirathsgut entzogen werden, welches „Vermögen“ — §. 1228 — ihm zur „Fruchtnießung“ — §. 1229 — überlassen war und nach welchem er daher bisher seinen Unterhalt eingerichtet hatte?

Wir selbst aber legen auf diesen Beweis kein Gewicht; einmal weil wir den Beweisführungen, in welchen Scharfsinn und Wig — nach Kaut das Vermögen entfernte Aehnlichkeiten aufzufinden — auf Kosten der Wahrheit und Natürlichkeit ihr Spiel treiben, nicht hold sein können, und dann weil namentlich der vorliegende Beweis, wenn nicht in der Gänze niedergeschlagen, doch wegen Verletzung über die Hälfte angefochten werden könnte.

22.

Aber wie sich die Stellung des Mannes in dem Fruchtgenusse nach dem Tode seiner Gattin aus sich selbst rechtfertigt, so zeigt sie sich auch entsprechend derjenigen des Weibes sowohl zu dem Heirathsgute, als zu der Widerlage.

Denn auch von ihrer Seite und für sie ist ja das Heirathsgut eigentlich nur „in Absicht auf die eheliche Verbindung“ bestellt und in derselben Absicht die Widerlage zur Vermehrung von jenem ausgesetzt. Und doch verliert sie das eine wie die andere, nach Auflösung der ehelichen Gesellschaft nicht nur nicht, sondern sie fallen ihr vielmehr dann in's freie Eigenthum zu. Das steht nun freilich auch mit anderweitigen Verhältnissen ⁴⁰⁾

⁴⁰⁾ Daß es ihr, wenn sie es aus eigenem Vermögen bestellt, als Eigenthum rükt, wenn es ihr von den Eltern ausgesetzt wurde, als Versorgungsbetrag heim, wenn es ein Dritter gegeben, als Geschenk zufällt.

in Verbindung, allein darüber darf das Gewicht nicht übersehen werden, welches die Natur der ehelichen Verbindung schon für sich allein in die Waagschale legt, und von dieser Seite ist es, daß sich die gleichmäßige Behandlung beider Gattentheile offenbart.

Denn wie die eheliche Verbindung sich wesentlich von allen andern Gesellschaften unterscheidet, daß sie keine vorübergehende, durch beliebiges Uebereinkommen wieder auflösbare Gemeinschaft bewirkt; wie sie vielmehr, wenn sie auch nicht immer und in jedem Falle Eine und Einzige, unzertrennlich und andauernd bleibt, doch immer und in jedem Falle als Eine und Einzige, unzertrennliche und andauernde eingegangen wird; wie darum die Gatten — unter Voraussetzung des ordentlichen Verlaufes — wohl durch den Tod getrennt werden können, aber darum nicht die Ehe in allen ihren Folgen und Wirkungen aufgehoben wird: so können auch die in Absicht auf eine solche Verbindung eingegangenen Güterrechte nicht auf den Begriff der bloß körperlichen Verbindung eingeschränkt bleiben; so kan namentlich das eingebrachte Heiratsgut von dem Besteller nun, nachdem es den Zweck, für welchen es gegeben worden, erreicht habe, nicht zurückgenommen werden; so muß es vielmehr den ehelichen Theilen überhaupt für ihre ganze Zukunft sich wirksam zeigen, und daher insbesondere dem überlebenden Gatten allein noch fortan bleiben.

Und so zeigt es sich in der That! Wie von der einen Seite der Ehegattin das ihr während des Lebens ihres Mannes an dem Heiratsgute zustehende Substanz-Recht nach seinem Tode zum uneingeschränkten Eigenthume erhärtet, so erwächst von der andern dem Manne die ihm zur Bestreitung des ehelichen Aufwandes eingeräumte Benützung und Verwendung des Heiratsgutes bei dem Ableben seiner Gattin zum ungetheilten Fruchtgenusse.

Das Substanz-Recht der Ehegattin geht aber auch in diesem Falle nicht zu Grunde, und darum fällt das Eingebachte nach dem Ableben des Mannes ihren Erben heim. — —

23.

Wie nun aber, so drängt sich der Zweifel auf, wenn die Ehe, welche wir bei dem Tode eines Gattentheiles nur corpore getrent sehen, auch animo getrent wird, dadurch, daß der überlebende Gatte den verstorbenen verläßt und sich zu einem andern wendet? — wenn die Verbindung in der That aufhört, Eine und Einzige unzertrennlich und andauernd zu sein, dadurch, daß der zurüßgelassene Theil eine neue eingeht? —

A. Ist die Gattin der überlebende Theil, so ändert es von ihrer Seite nichts, wenn sie zu einer neuen Ehe schreitet, und daß ihr heimgefallene Heiratsgut verbleibt ihr ein für allemal. Daß es aber von ihrer Seite nichts ändert, kan nun nicht mehr auf die seinerseitige Gleichstellung des Mannes angewendet werden.

Denn abgesehen von jenen anderweitigen Verhältnissen, wegen welcher das Heiratsgut dem Weibe eigenthümlich zufällt, und schon darum nicht mehr entzogen werden kan, so befindet sie sich bezüglich des Heiratsgutes als solchen mit Rücksicht auf ihre Verhehlungen in wesentlich anderer Lage, als der Man in derselben Beziehung. Das Weib erhält — vgl. §. 1223 a. b. G. B. — und hat das Heiratsgut nur einmal, und es ist für alle Verbindungen, welche sie nach einander eingeht, ein und dasselbe, wie sie selbst, welche es für jede der Verbindungen nach und nach einbringt, für alle eine und dieselbe bleibt. Dagegen der Man erhält — in der Regel — bei jeder der neuen Verbindungen, welche er nach einander eingeht, jedesmal eines, er bekömt bei jeder und für jede ein anderes und neues, wie auch diejenige, von welcher er das Heiratsgut für die Verbindung erhält, jedesmal eine andere und neue ist.

Verhält sich aber die Sache so: sol, darf der Man das Heiratsgut, welches ihm aus seiner früheren Verbindung verblieben, nun, nachdem dieselbe gänzlich abgeschnitten ist, noch fortan behalten? Sol, darf er in der neuen Verbindung, die er eingegangen und welche die frühere verdrängt hat, fals

ihm von seiner neuen Gattin ein zweites Heiratsgut eingebracht worden, beide genossen? Sol, darf er das frühere zu dem fremden Haushalt, auf welchen es keine Beziehung hat, beisteuern, oder gar denselben, falls ihm kein neues wäre bestellt worden, von dem früheren allein tragen lassen?

B. Was die Rücksicht auf die Kinder betrifft, so bleibt diese zwar trotz der neuen Verbindung so gewiß aufrecht und fortan wirksam, als ja die von der ersten Gattin geborenen Kinder bei dieser und jeder weiteren Verheirathung des Mannes immer ihre Kinder verbleiben, und wenn wir in der ersten Rücksicht — wo wir den Man, als solchen, allein in's Auge fassen — die frühere Gattin gegen die neue in Schutz nehmen, so müssen wir in dieser zweiten umgekehrt diese gegen jene vertheidigen: Wie das Heiratsgut der ersteren nicht für den Haushalt der letzteren, so kan umgekehrt das Heiratsgut dieser nicht für die Versorgung der Kinder jener zur Verwendung gezogen werden.

Allein dabei tritt doch eine wesentliche Veränderung ein. Denn während früher, wo zugleich die Rücksicht auf den Ehemann als solchen wirksam war, in dem Genuße des Heiratsgutes keine Einschränkung Stat hatte, so tritt jetzt, wo dasselbe dem Vater nur in Absicht seiner Kinder belassen bleiben sol, allerdings eine solche ein, und dies mit Unterschied:

a. Sind die Kinder Erben der Mutter, fällt daher das Heiratsgut ihnen zu, so sind „aus den Einkünften dieses“ ihres „Vermögens, so weit sie reichen, die Erziehungskosten zu bestreiten“; „ergibt sich dabei ein Uberschuß, so muß er — außer „wenn“ er „gering wäre“ — „angelegt und darüber jährlich Rechnung gelegt werden“ ⁴¹⁾. Der Vater tritt daher nunmehr bezüglich des Heiratsgutes in die Rechte und Pflichten eines Vermögens-Verwalters ein ⁴²⁾.

⁴¹⁾ §. 150. a. d. G. B.

⁴²⁾ §. 149. a. d. G. B.

b. Das letztere findet auf gleiche Weise Stat, wenn nicht die Kinder, sondern andere Personen die Erben der Mutter werden. Allein bezüglich des Maasses der Verwendung tritt in diesem Falle die Beschränkung ein, daß nun die Erziehungskosten nicht mehr, so weit sie reichen, sondern nur zur Hälfte, als sie reichen, aus dem Heiratsgute erholt werden können. Denn jetzt, wo das Heiratsgut nicht mehr Vermögen der Kinder ist, kan das fremde lediglich als Beisteuer zur Tragung des elternlichen Aufwandes von der mütterlichen, also nur von einer Seite — den andern Theil hat der Mann zu tragen — in Betracht und in Verwendung kommen und muß die zweite Hälfte den Erben zufallen . . .

Aber wohin sind wir gerathen? — Wenn wir uns jetzt nach den Bestimmungen des Gesetzes umsehen, so erblicken wir sie in einer ganz andern Richtung. Es ist hier das zuerst — und auch zuletzt —, daß uns die *rationes de lege ferenda* einen andern Weg geführt haben, als die *lex lata* eingeschlagen.

Doch weil wir nicht Gesetzgeber sind, sondern Gesetzmepfänger, so müssen wir auch das annehmen, was wir empfangen, und bei dem verbleiben, was uns gegeben ist; denn nicht nur der Got-Ergebene gegenüber der Vorsehung, auch der Rechtsman gegenüber dem Gesetze muß sprechen: „Aber nicht mein, sondern Dein Wille geschehe!“







Österreichische Nationalbibliothek



+Z178446104

